

Zeitschrift: Jahrbuch für Solothurnische Geschichte
Herausgeber: Historischer Verein des Kantons Solothurn
Band: 83 (2010)

Artikel: "Ein Monstrum fürs Niederamt?" : Regionale Reaktionen auf das AKW-Projekt in Gösgen, 1969-1975
Autor: Kieffer, David
Kapitel: Anhang B : Interviews
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-325269>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.05.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Anhang B: Interviews

Interviewfragen Alt-Gemeinderäte

Einstiegsfrage

- Sie haben sich in den 1960er- und 1970er-Jahren im Gemeinderat für das Dorf engagiert und haben die Ereignisse rund um den KKG-Bau dadurch hautnah miterlebt. Ich möchte Sie bitten mir zu erzählen, was damals alles passiert ist. Am besten beginnen Sie mit dem Moment, als Sie das erste Mal hörten, dass in Däniken ein Kernkraftwerk gebaut werden sollte und erzählen dann, was sich so nach und nach zugetragen hat, bis dann das Kernkraftwerk den Betrieb aufnahm. Sie können sich dabei ruhig Zeit nehmen, auch für Einzelheiten, denn für mich ist alles interessant, was Ihnen wichtig erscheint.

Konkretisierende Fragen narrativer Teil

- Wie reagierte man im Gemeinderat? Können Sie sich an die ersten Sitzungen erinnern, an der über das KKG gesprochen wurde?
- Was war die Haltung des Gemeinderats zum KKW-Projekt?
- Welche Meinung haben Sie vertreten?
- Gab es im Gemeinderat damals auch Meinungsverschiedenheiten zum Thema?
- An welche Argumente für und gegen das Projekt können Sie sich erinnern?
- Was gab schliesslich den Ausschlag für die Haltung des Gemeinderats?
- Welche Zusammenarbeit mit den Behörden des Kantons und dem KKG gab es?
- Wie wurde die Bevölkerung über das Projekt und Atomkraft im Allgemeinen informiert?
- Wie hat die Bevölkerung auf die Baupläne reagiert, was lösten die Baupläne im Dorf aus?
- Entstand im Dorf eine öffentliche Diskussion um das Kernkraftwerk, hat man darüber gesprochen?

- Welche Positionen gab es denn im Dorf?
- Können Sie die Diskussionen beschreiben, die damals im Dorf stattgefunden haben? Welches waren damals die Argumente, die von Befürwortern und Gegnern ins Feld geführt wurden?
- Gab es Personen, die dem Projekt kritisch gegenüberstanden oder sich gar aktiv gegen das KKG gewehrt haben?
- Offenbar gab es im Dorf auch kritische Leute. Was haben diese gegen das KKG unternommen? Gibt es konkrete Ereignisse, an die Sie sich erinnern?
- Können Sie sich erinnern, wer sich gegen das Kernkraftwerk eingesetzt hat?
- Gab es auch Personen, die sich aktiv für das AKW eingesetzt haben?
- Wie erlebten Sie damals die Stimmung im Dorf? Gibt es besondere Situationen, an die Sie sich erinnern?
- Erinnern Sie sich an Szenen der Auseinandersetzung im Dorf?
- Können Sie sich an die Gemeindeversammlungen erinnern, an denen über das Kraftwerk gesprochen wurde? Was lief da ab?
- Was hat der Gemeinderat unternommen, um die Einwohner zu informieren und die Meinungsunterschiede zu überbrücken?

Bilanzierungsphase

- Was denken Sie: Aus welchem Grund waren die kritischen Leute im Dorf damals gegen das Kernkraftwerkprojekt?
- Was denken Sie: Was hat schlussendlich zur erfolgreichen Realisierung des KKG geführt?
- Warum haben sich die Däniker den Protesten in den Jahren 76-78 nicht angeschlossen?
- Was denken Sie: Wie haben der Bau des KKG und die damit verbundenen Ereignisse die Gemeinde Däniken verändert?
- Welche Bedeutung hat Ihrer Meinung nach das KKG für die Gemeinde Däniken?
- Welche Haltung haben die Däniker ihrer Meinung nach heute zum KKG?

- Und Sie? Hat sich Ihre Meinung zur Kernkraft bis heute verändert? (Warum?)

Interviewfragen AKW-Gegner

Einstiegsfrage

- Sie waren eine der Personen, die im Dorf dem Atomkraftwerk kritisch gegenüber stand. Ich möchte Sie bitten mir zu erzählen, was damals alles passiert ist. Am besten beginnen Sie mit dem Moment, als Sie das erste Mal hörten, dass in Däniken ein Atomkraftwerk gebaut werden sollte und erzählen dann, was sich so nach und nach zugetragen hat, bis dann das Atomkraftwerk den Betrieb aufnahm. Sie können sich dabei ruhig Zeit nehmen, auch für Einzelheiten, denn für mich ist alles interessant, was Ihnen wichtig erscheint.

Konkretisierende Fragen narrativer Teil

- Wie wurde die Bevölkerung über das Projekt und Atomkraft im Allgemeinen informiert?
- Wie hat die Bevölkerung auf die Baupläne reagiert?
- Entstand im Dorf eine Diskussion um das Atomkraftwerk, hat man darüber gesprochen?
- Welche Positionen gab es denn im Dorf?
- An welche Argumente für und gegen das Projekt können Sie sich erinnern?
- Wie haben Sie damals die Stimmung im Dorf wahrgenommen?
- Wie haben Sie die Haltung und Vorgehensweise der Gemeindebehörden in Erinnerung?
- Hatte man als Einwohner von Däniken mal Kontakt mit den Bauherren?
- Welchen Eindruck hatten Sie von den Bauherren und wie wurden Sie von ihnen informiert?
- Erinnern Sie sich daran, wann und warum Sie sich dazu entschlossen haben, etwas gegen das Atomkraftwerk zu unternehmen?
- Was war eigentlich Ihre Motivation, sich gegen das KKG einzusetzen?
- Gab es weitere Einwohner in Däniken, die sich gegen das Atomkraftwerk eingesetzt haben?

- Hatten die Leute, die gegen das Atomkraftwerk waren, Kontakt? Hat man sich irgendwie organisiert?
- Was haben denn Sie und andere Leute im Dorf alles unternommen, um sich gegen das Atomkraftwerk-Projekt zu wehren?
- Was war das Ziel der Leute, die sich gegen das KKG eingesetzt haben?
- Was waren die Erfolge Ihres Engagements?
- Gab es eigentlich auch Einwohner, die sich aktiv für das KKG eingesetzt haben?
- Aus welchem Grund, denken Sie, waren diese Leute damals für den Bau des Atomkraftwerks?
- Wie hat man im Dorf darauf reagiert, dass Sie sich gegen das KKG eingesetzt haben?
- Welchen Einfluss hatten die Aktivitäten der Pro Niederamt auf Däniken?
- Wieviele Mitglieder aus Däniken hatte die Pro Niederamt? Gibt es hier evtl. noch Mitgliederlisten?
- Hing die Wahl von Frau Marrer in den Kantonsrat mit ihrem Engagement gegen das Atomkraftwerk zusammen?
- Wann hat die Pro Niederamt ihre Aktivitäten aufgegeben? Warum?

Bilanzierungsphase

- Warum, denken Sie, konnte das Kernkraftwerk Gösgen schlussendlich nicht verhindert werden?
- Warum haben sich die Däniker den Protesten in den Jahren 76–78 nicht angeschlossen?
- Was denken Sie, wie hat der Bau des KKG und die damit verbundenen Ereignisse die Gemeinde Däniken verändert?
- Welche Bedeutung hat Ihrer Meinung nach das KKG für die Gemeinde Däniken?
- Welche Haltung haben die Däniker Ihrer Meinung nach heute zum KKG?

Transskript Interview W. Brühlmeier, Schönenwerd, 9. 7. 2008

(00:00) Ich kann Ihnen mal frei ab der Leber erzählen, wie ich das erlebt habe und zwar als Behördemitglied, ich war ab Mitte 60er-Jahre im Gemeinderat Däniken, bin 69 in die Gemeinderatskommission gekommen, das war damals ein Ausschuss aus dem 12er-Gemeinderat, drei Personen, plus der Gemeindeschreiber und der Ausgang eigentlich von dem ganzen Kernkraftwerk Gösgen-Däniken war eigentlich ein Kantonsratsbeschluss aus dem Herbst 1967, der aus der SP-Fraktion gekommen war, indem dass ein späterer Bundesrat, das war damals der Herr Ritschard, war damals ja der Finanzdirektor des Kantons Solothurn, und vor allem dann seine Fraktion, das war Gottfried Wyss, der war da dabei, der wurde später Polizeidirektor im Kanton Solothurn, da war der Herr Weber dabei, der Ständerat wurde später, und noch viele, die da Karriere gemacht haben. Und die haben eigentlich eine Interpellation im Kantonsrat eingegeben, wobei in dieser Interpellation Fragen an die Regierung gestellt wurden, in die Richtung gehend man solle doch die Vertreter der Regierung des Kantons Solothurn dazu bringen, dass im Kanton Solothurn, und möglichst nicht im Kanton Aargau, ein Atom-, bzw. ein nukleares Kraftwerk, das ist eigentlich der richtige Begriff, gebaut wird. Und primär ist es klar, dass wenn das aus der Küche von Herrn Ritschard, Finanzdirektor, kam, dass das weitgehend um die Steuern ging.

Uns hat eigentlich das überrascht, wo soll das hin und irgendwo, ich kam dann wie gesagt im Jahr 1969 in diese Gemeinderatskommission, ich mag mich aber erinnern, dass schon mein Vorgänger, der eigentlich relativ jung verstarb, und ich den dann ersetzt habe, dass der schon im Jahr 68 gesagt hatte, wir haben grosse Probleme hier in Däniken mit dieser Planung Rangierbahnhof, mit all dem was mit Landenteignungsverfahren gelaufen war, wir haben hier auch eine Erdgasleitung, die grosse Belastungen bringt und so weiter. Und die Gemeinde war mit Planungsarbeiten, vor allem

auch mit Landumlegungen und der ganzen Industriezonenplanung ausserordentlich stark beschäftigt. Und dort kam eigentlich überraschend, ja jetzt soll noch ein Atomkraftwerk kommen, daran mag ich mich eigentlich noch erinnern von meinem Vorgänger. Aber ich kam dann eigentlich mitten in diese Arbeit rein und habe mir dann gesagt, das allererste ist mich da informieren, was ist da dahinter. Ich habe an und für sich einen technischen Beruf und ich hatte das Glück, dass ich dort einen Freund hatte, der in Würenlingen an diesem ersten Forschungsreaktor, den man in der Schweiz gehabt hatte, Dior hiess der, dort war der Reaktorchef. Ich konnte mich also aus einem sehr engen Beziehungsnetz heraus direkt informieren, was ist hier dahinter, was sind die Gefahren, was sind die Chancen. Ich muss auch sagen, die ganze Diskussion, die damals herrschte, kam ja eigentlich aus einer Euphorie heraus in der Schweiz, man hatte mal Ende 50er-Jahre abgelehnt gehabt auf eidgenössischer Ebene die Bewaffnung der Armee und dann muss man natürlich sehen, die Konfrontation mit den Russen und die Angst vor einem Atomkrieg, das hat alles schon im Voraus die Diskussion um die friedliche Nutzung der Kernenergie, hat das sehr stark belastet.

(4:46) Ich muss auch sagen, dass in Kaiseraugst bereits ein fortgeschrittenes Verfahren war und wir haben uns dann auch von der Behörde aus haben wir uns mit den Behörden von Kaiseraugst in Verbindung gesetzt und haben dort Fragen gestellt, so wie man das seiner Zeit auch gemacht hat bei der Frage Rangierbahnhof, das ist ja dann zum Glück nicht gekommen. Da haben wir auch Kontakt gehabt mit den Spreitenbacher Behörden. Also, wir haben uns diese Sache nicht leicht gemacht. Primär Information, Information, Information für uns, und dann gleich die Frage, wie geben wir diese Information weiter. Da gab es für uns als Gemeinderat primär die Möglichkeit einerseits über Informationsveranstaltungen in der Gemeinde, dann über Information in den einzelnen Parteien und natürlich über die Gemeindeversammlung an unsere Leute heranzukommen und zu informieren. Und im Rahmen eigentlich dieser ganzen Pha-

se, wir haben es ja dann erlebt, dass dann ja eigentlich plötzlich von aussen her diese Pro Niederamt entstanden ist, allerdings erst ein wenig später. Primär waren das Leute, die Angst hatten, dass sich ihre Häuser entwerten. Das waren die eigentlichen Gründer der Pro Niederamt. Und erst zu einem späteren Zeitpunkt wurde das ganze Thema verpolitisiert, also in die Parteipolitik hineingegangen, nämlich in der Phase 73 bis Anfangs 74, wo diese Besetzung in Kaiseraugst war und dann vor allem die SP anfang sich sehr stark zu engagieren gegen die Kernenergie.

(6:57) Ich muss aber sagen in Däniken war das eigentlich so, dass alle die damaligen drei Parteien, die in Däniken aktiv waren, und auch alle drei, die im Gemeinderat waren, die FDP mit einer knappen Mehrheit im Gemeinderat, also sechs, mit dem Ammann aber immer letztlich eine Mehrheit, dann der Rest CVP und SP. Aber ich muss sagen in Däniken hat die Parteipolitik in all diesen Fragen nie eine Rolle gespielt, sondern man hat all diese Fragen von der Sache aus diskutiert. Man war sich nicht auch immer in allen Fragen einig, aber man hatte in dieser Phase keinen eingefleischten Gegner in der Behörde drin. Das wurde dann irgendwo mit den Wahlen – da müsste ich jetzt mal rechnen – 73 ist dann einer reingekommen, ein Hagmann Albin, SP, der sich dann zum ersten mal überhaupt in der Behörde erkennbar gemacht hat als Gegner dieser ganzen Sache. Ich muss auch sagen 1974 wurde die eigentliche Baubewilligung rechtlich rechtsgültig erteilt, nach einem riesigen Verfahren von auf und ab, in dem natürlich sehr vieles eine grosse Rolle gespielt hat. Primär stand die Sicherheit im Vordergrund und dann kam natürlich zunehmend die Frage, ja, wie sieht das finanziell aus. Man hat gesehen, dass grosse Bauvorhaben auf die Gemeinde zukommen und dann hat man gesehen, dass man da eigentlich einen Infrastrukturvertrag machen muss, aber das war ungefähr im Jahr 1970, wie ich mich hier erinnern kann, kam der Infrastrukturvertrag eigentlich in die Diskussion. Und dann sind eigentlich von aussen her diese Fragen «Ja, da bekommen die Däniker ja auch Steuern, folglich muss man hier einen Steuer-

verteiler machen.» Da sind primär drei Ammänner unserer Nachbargemeinden, also von Gretzenbach, dann von Dulliken und von Schönenwerd, die sind eigentlich, auf deutsch gesagt anstatt, dass sie mit uns Gespräche geführt hätten, sind die uns ganz brutal an die Karre gefahren und begannen praktisch ihre Gemeinden zu beeinflussen und Stimmung zu machen gegen Däniken. Wir konnten machen was wir wollten. Ich kann mich erinnern, dass ich einmal an eine Informationsveranstaltung der Pro Niederamt ging, und dann wurden dort Dinge erzählt, die einfach nicht stimmten. Und dann stand einer auf und sagte, dahinten ist der Baupräsident von Däniken, ich muss sagen, dass ich in der Zwischenzeit Baupräsident geworden war, das hat auch seine Geschichte, da könnte ich nachher noch einiges dazu sagen, das ist ja jetzt im Moment nicht so wichtig. Aber als Baupräsident war ich ja selber ganz plötzlich mit dieser Problematik konfrontiert und im Gemeinderat war ich Ressortchef Bauwesen. Und dann ist eben einer aufgestanden und sagte, der ist dahinten, der soll jetzt euch mal sagen wie das wirklich ist. Und an dieser Versammlung ging eine Pfeiferei los, ein Gegröle los, ich habe das Wort nicht erhalten. Also bin ich abgesehen und habe weiterhin zugehört. Ich habe dann am anderen Tag gelesen in der Zeitung, dass es grad penibel war weil man einfach die Wahrheit der Däniker nicht wissen wollte. Wir hatten nämlich grundsätzlich plötzlich einen Zweifrontenkrieg zu führen in dem wir auf der einen Seite schauen mussten, dass wir Auflagen im Interesse der Öffentlichkeit, und zwar nicht nur von Däniken, sondern von der Region, und zwar von der grösseren Region, durchbringen konnten. Denn uns war es immer klar, als Gemeindebehörde sind wir letztlich überfordert, also haben wir Aufgaben wahrzunehmen, die weit über den ursprünglichen Aufgabenkreis als Gemeinderäte in einer Gemeinde mit damals gut 2000 Einwohnern hinausgingen. (11:53) Dann muss ich sagen ist ein Infrastrukturvertrag zustande gekommen mit dem Werk. Und dann ging es wie gesagt in der Region in der Diskussion sehr stark um die Steuern. Wir hatten ja geglaubt wir seien weitgehend abge-

deckt über die finanziellen Belastungen, die kommen und vor allem noch in Zusammenhang mit der Planung des Rangierbahnhofs, der ja vor allem grosse Sachen mit der Abwasser, Kanalisation, riesige Kanäle, weil man sehr wenig Gefälle hatte, musste man grosse Kanäle planen und bauen. Alles das hatte man abgedeckt. Die Diskussion mit den Steuern war dann für uns relativ schnell beantwortet, in dem die Intentionen dieser drei Gemeindepräsidenten, also zusammen natürlich dann mit Beschlüssen von ihren Gemeinden, so weit ging, dass der Regierungsrat eine Dreierkommission einsetzte, der die Frage eines gerechten Steuerverteilers prüfen sollte und einen entsprechenden Vorschlag machen sollte. Das passierte dann auch. Für uns war es eigentlich immer klar, dass, wenn wir schon einen Infrastrukturvertrag und einen Steuerverteiler machen, dass man dann primär dafür sorgen muss, und das war dann der wesentliche Punkt, der uns betroffen hat, dass man schauen muss, dass die auch wirklich grosse Steuerbeträge zahlen müssen. Und das konnte man nur machen in dem man vorschrieb, wieviel minimalen Gewinn die ausweisen müssen, dass das überhaupt entsprechend Steuern gibt. Uns fielen natürlich dann fast die Augen zum Kopf heraus, als wir dann sahen dass das hier um Steuern in der Höhe von 3 Mio geht, und für uns war eigentlich... (Unterbruch). Dann hat diese Kommission eigentlich zu unserer Überraschung vorgeschlagen einen drittel der Steuern zu verteilen auf weitere acht Gemeinden und zwei drittel den Dänikern zu lassen. Also bei uns als Insidern hatten wir Diskussionen so gehabt, dass wir gesagt hatten, wenn uns da von diesem Steuerkuchen die Hälfte bleibt sind wir längstens zufrieden. (15:04) Aber wir trugen das ja nicht nach aussen weil wir gesagt haben wir lassen jetzt, wenn da schon von aussen her das gekommen ist, dann lassen wir das auch auf uns zukommen, dann legen wir ohne eigene Meinung diesen Steuerverteiler in unserer Gemeinde der Gemeindeversammlung zur Genehmigung vor, was dann auch passierte und da wurde auch zugestimmt. A propos Gemeindeversammlung auch der Infrastrukturvertrag hatte eine Zustimmung von weit über 80%

und auch die Umzonierung, die man hatte, also das war schon relativ bald einmal, hat auch an der Gemeindeversammlung keinerlei Widerstand verursacht. Aber das passierte schon bald, vielleicht etwa 70 oder 71, so dort herum. (16:06) Dann muss ich noch mal zurück gehen zum Werk selber. Die Atel hatte 1969 ein Vorprojekt eingegeben und uns informiert, dass ein 650MWe Werk gebaut werden soll mit Flusswasserkühlung. Dann war ja vor allem die Diskussion, was sind das für Fragen von der Sicherheit her und primär ging dann die Diskussion los von den Fischern, dass diese Erwärmung, es waren sehr erhöhte Werte angegeben worden, was das für Auswirkungen haben könnte, dass diese Erwärmung untragbar sei. Und diese Diskussion erhielt dann eigentlich eine überraschende Wende, in dem so im März 70 oder 71 der Bundesrat beschloss die Flusswasserkühlung zu verbieten. Und dann kam bald das Werk wieder zu uns mit einer neuen Information, ja das war 1970, es gibt einen Kühlturm. Wie gross wird dieser Kühlturm und welche Systeme gibt es da, da ist natürlich wieder unser Thema losgegangen: wie können wir uns informieren. Ich muss sagen ich bin dann in dieser Phase bin ich an ein dreitägiges Seminar in Bern, wo man über grundsätzlich mögliche Systeme diskutierte, man hörte unter anderem auch von den heute als gefährlich erkannten Reaktoren, wie sie in Russland erstellt wurden, die Kohlenstoff moderierten Reaktoren, die ja den Nachteil haben, dass man sie letztlich nicht abstellen kann, während ein Druckwasser- oder ein Siedewasserreaktor, also bei uns haben wir hier ein Druckwasserreaktor, dass dieser immer abgestellt werden kann, dadurch, dass wenn die Brennstäbe nicht mehr im Wasser sind die kritische Reaktion aufhört. Da haben wir dann mal in dieser Frage Informationen erhalten und natürlich auch über die Möglichkeit von Kühlsystemen, wenn man schon nicht mehr mit Flusswasser kühlen darf. Es kam dann dort auch in Diskussion, ob man einen solchen Naturzugkühlturm braucht, der so hoch ist und auf diese Weise die Landschaft belastet und das muss ich sagen, das hat dann uns in Däniken ein gewisses Problem gebracht, auch in der Be-

hörde. Dort waren wir das erste mal in die Frage gekommen: ja wollen wir das überhaupt? Und dann haben wir gesagt ja, wir schauen mal wie die öffentliche Reaktion ist. Wenn wir sehen dass wir hier grossen Widerstand haben in der Gemeinde, dann werden wir einfach alles daran setzen dass dieser Kühlturm nicht gemacht werden kann. Und dann kommt ja irgendeinmal wieder diese Frage: wie kann man einen solchen Reaktor kühlen, oder kommt dann nicht wieder das Projekt eines kleineren Reaktors, wieder mit Flusswasserkühlung. Und dann war ja eigentlich auch da schon die Frage der Hybridkühltürme, die man aber erst auf dem Papier kannte und keinerlei Erfahrung hatte. Das hat uns dazu gebracht, dass wir in der Bewilligung – und da habe ich gestaunt, die Öffentlichkeit nahm solche Sachen überhaupt nicht wahr – wir hatten in der ersten Bewilligung drin, dass wenn sich neue, bessere Kühlsysteme finden, also frühestens nach 10 Jahren, dass wir dann verfügen könnten, dass das Kühlsystem geändert werden muss. Das wäre eigentlich der Punkt gewesen, wo wir entsprechende Unterstützung hätten erhalten sollen, vor allem von der Pro Niederamt, die sich primär wegen dem Kühlturm aufregte. Die hat aber überhaupt nichts gemacht. Also diese Widersprüche habe ich nie verstanden, dass man auf der einen Seite gegen etwas Widerstand macht, und auf der anderen Seite eine Behörde, die darum kämpft etwas in eine Bewilligung hineinzubringen, das dieses Anliegen abdeckt, öffentlich überhaupt nicht unterstützt. Ganz im Gegenteil, wir wurden immer mehr angegriffen. Wie gesagt, wir mussten einen Zweifrontenkrieg führen und haben dann gemerkt, dass die Region überhaupt nicht in der Lage ist unseren Standpunkt überhaupt aufzunehmen. Und auch die Presse: was damals in den Artikeln verbreitet wurde... Man hat auf die gehört, die ausserhalb von Däniken Kritik geübt haben. Ich hatte da den Tagesanzeiger schon als langjähriger Abonnent, habe ich ihn abbestellt, weil ich gesagt habe: ihr informiert die Leute total falsch. Ich hatte auch in meiner Kündigung den Wunsch gehabt, dass man einen Leserbrief veröffentlicht, der wurde nicht einmal veröffentlicht. (21:57) Also ich

muss natürlich sagen, es hat sich dann zunehmend die 68er Bewegung begonnen gegen die Atomenergie, die hatte sich ursprünglich gegen das ganze Establishment gewendet, für die war das natürlich immer mehr auch zusammen mit den Aktionen aus der SP heraus, die Grünen gabs damals noch gar nicht, dass die natürlich dann auch zusammen mit einer ausserparlamentarischen Opposition, und dann hats auch noch ganz links aussen einen Kreis gegeben, irgendwie, ich weiss es nicht mehr wie sich die genannt haben, da ist ja der Herr Froidevaux mal gekommen, hat einen riesen Mais gemacht. Und dann muss ich noch sagen haben diese Besetzungsaktionen, bzw. zuerst haben wir in Däniken 1974 relativ parallel zu Kaiseraugst war eine öffentliche Demo, an der sich die Gegner, einerseits aus der Region, und die Demo wurde dann auf Olten verlegt, da haben sich dann noch zunehmend Leute aus der Region Basel und Deutschland und Frankreich dazu gemischt. Und dann ist eigentlich sehr stark auch aus diesen – damals Marxistische Liga hiess die – aus diesen radikalen Kreisen heraus, ausserparlamentarische Opposition, war dann eigentlich bis 77 die ganz grosse Demonstration. Und Demonstration ist hier das falsche Wort, die haben mit uns in der Gemeinderatskommission verhandelt, sie wollten Besetzungsaktionen machen, dass die Leute in Däniken nicht mehr an die Arbeit können. Das war für uns klar, dann gibt es für uns nur eines: Polizei. Und das haben wir dann gemacht. Wir sind an den Kanton gelangt und haben dann 77 verlangt dass die Polizei hier gleich scharf eingreift und das unterbindet. Währendem war für uns 1974 klar, das ist das Recht des Bürgers hier Demonstrationen zu machen, die Meinungen zu äussern. Aber was wir als Behörden ganz klar nicht mehr akzeptiert haben, das war diese reine Besetzungsaktion, die 77 veranstaltet wurde.

(24:43) Primär war das rechtliche Bewilligungsverfahren im Juli 1974 abgeschlossen. Und vorgängig muss ich noch etwas sagen, das ganz wichtig ist. Das hat mir eigentlich immer weh getan, dass die Region uns da gar nicht unterstützt hat. Wir mussten Auflagen, die sie nicht akzeptiert hatten, weiter ziehen. Beim Bau-

bewilligungsverfahren waren da rechtlich vier Stufen. Primär im Kanton Solothurn war die Baukommission die erste Instanz, als Baupolizeibehörde und auch die bewilligende Behörde, die Ausnahme war der nukleare Bereich, das war von Anfang an immer eine Sache des Bundes. Da hat die HSK auch eine grosse Rolle gespielt. Dann das zweite Verfahren, das war Gemeinderat, und das war ein grosses Problem für die Gemeinde. Auf der einen Seite sagt man man sollte keine Vermischung haben zwischen diesen Behörden, wenn die eine über die andere entscheiden muss. Ich war dann als Ressortchef Bau für die Beschlüsse, die der Gemeinderat dann gefasst hat, von dem Moment an als ich Baupräsident war, musste ich in den Ausstand treten. Ich habe das ganze auch immer kritisiert, das war dann auch der Grund dafür, dass ich dann 77 als Baupräsident zurücktrat, weil ich einfach gesagt habe das ist unhaltbar, dass einer in zwei Behörden tätig ist, wo die eine die Aufsicht über die andere hat und primär noch die Einsprachen behandeln muss. Diese Einsprachen wurden dann relativ schnell behandelt vom Gemeinderat und wurden dann weitergezogen an das Baudepartement des Kantons Solothurn. Der Standpunkt der Gemeinde bestand in drei wesentlichen Fragen: das eine war das Kühlsystem, der zweite Punkt war dass wir verlangt hatten wegen der nuklearen Abfälle – das würde alleine schon einen riesen grossen Vortrag geben, den ich hier halten müsste, was da alles geredet wurde und was wir alles für Unterlagen angeschaut haben – aber wir haben dann darauf hin gesagt in Däniken darf der nukleare Abfall nicht länger als drei Jahre gelagert werden. Und dann war da noch eine dritte Sache. Auf jeden Fall hat uns dann das Verwaltungsgericht diese Auflagen letztinstanzlich herausgenommen, so dass wir dann eigentlich unsere Anliegen, die wir ursprünglich von der Gemeinde her hatten, gar nicht mehr in der Baubewilligung drin hatten. (28.00) Aber wir wurden ständig von den Ammännern der Region angegriffen, wir würden da dahinter stehen, dabei vertraten wir eine gegenteilige Auffassung. Natürlich ist durch diese ganze Sache, diese Kontakte mit der Bauherrschaft und die Kontakte auch,

die man in alle Richtungen gehabt hatte, um an Informationen zu gelangen, war es dann natürlich auch so, dass die Behörde in Däniken zusammengeschmiedet wurde. Und durch die Angriffe von aussen, das ist ja irgendwo auch klar, das ist eine ganz normale Reaktion eines Gremiums, das sich dann irgendwo auch wehren muss. Und irgendwo sind wir dann zum Punkt gekommen wo wir sagen mussten: wir müssen unsere Aufgabe erledigen nach Gesetz, basta. Eine andere Wahl haben wir nicht. Und wir waren ja eigentlich in das hineingekommen, wir hatten das ja nie gesucht.

(kurzer Unterbruch, Trinkpause)

(29: 48) Mitte 85 ging ich dann eigentlich zum Gemeinderat hinaus, ich hatte 20 Jahre gehabt, da habe ich einfach gesagt jetzt müssen jüngere Leute kommen. Meine Akten hab ich erst jetzt wieder hervorgekommen, aber für mich war klar, wenn da irgendetwas passieren würde, wo da eigentlich wir uns stützen konnte fachlich auf Fachleute und auch auf Äusserungen von Leuten der Bauherrschaft, die uns ja nicht anlügen durften, dass ich da natürlich mit diesen Akten hervorgekommen wäre, die ich noch zuhause habe, und darum möchte ich sie eigentlich auch noch bei mir behalten, solange ich noch lebe. Man sieht dann auch wie kompliziert das ganze Bewilligungsverfahren war. Ich mag mich erinnern 1977, da war ich selbst auch einmal an dieser Arena-Sendung gewesen und ich habe dort eigentlich klar gesagt: eigentlich ist eine kleine Gemeinde mit einem solchen Projekt in allen Sachen total überfordert. Also wir hatten in Däniken eigentlich noch Glück, dass wir die Möglichkeit hatten uns an Fachleute zu wenden, ohne dass wir sagen mussten das ganze wird für uns zur Glaubensfrage. Also was Sache ist, darüber hatten wir gute Information gehabt und darum kann ich heute auch mit gutem Gewissen zu dem stehen, was wir damals gemacht haben. Primär muss ich ja heute die Frage stellen, wäre es nach den Gegnern gegangen und man hätte gar keine Kernkraftwerke mehr gebaut, dann muss mir mal einer die Frage beantworten: woher hätten wir den Strom genommen, wie wir jetzt 30 Jahre lang gelebt haben?

(Ausführungen über das Energiesparprogramm BR Ritschards und weitere energiepolitische Themen)

(43:25) Die Entsorgung hat man sich damals so vorgestellt, als wir die Bewilligungen erteilt haben und uns dafür entschieden, das heisst wir sind nicht dagegen, weil dafür sein und nicht dagegen sein, das ist zweierlei, das muss man differenzieren. Wir haben es in dem Sinne nicht behindert, in dem wir diese Bewilligungen gegeben haben, aber diese Konzepte der Entsorgung, man hat einfach gesagt das kommt, die Abfälle werden verglast und die kann man nachher in Tiefenlagern lagern. Damals war der Physiker, der in der Direktion der Atel war, der Herr Dr. Utzinger, der war sogar der Meinung das Gescheiteste und Beste wäre man würde dort in diesen Gräben im Meer, die 10'000 Meter tief sind, die Abfälle versenken. Bis das wieder hervorkommen würde, wäre das versorgt. Möglicherweise ist das sogar richtig, aber man würde das heute niemals mehr so den Leuten überhaupt vermitteln. Weil dort unten ist es tot, das ist klar.

(weitere energiepolitische Überlegungen)

Ich möchte noch einmal zurückkommen auf die Zeit in den 70er-Jahren, als sie im Gemeinderat waren. Sie haben gesagt Sie hätten das nicht verhindert, aber dass Sie doch gewisse Auflagen gemacht hätten als Gemeinderat. Vielleicht könnten Sie das noch ein wenig ausführen.

Also das ging vor allem auch um Fragen, die die Infrastruktur der Gemeinde betrafen. Das wäre am besten wenn ich jetzt mal meine Ordner hervornehmen würde und dann würde man dort gemeinsam hineinschauen. Das können wir ja nachher machen.

Aber so im Dorf, sagen Sie, was ist dort gelaufen, wie haben die Leute reagiert, gab es hier keine kritischen Stimmen?

Doch. 1973 waren die Wahlen in den Gemeinderat und den Kantonsrat. Und dann wurde Frau Marrer vom Landesring, der ja damals schon am absterben war, portiert, und hat sich dann eigentlich, aber natürlich muss ich sagen, sie hatte einfach den Hintergrund nicht, um mit

Argumenten gegen die Atomtechnologie aufzutreten. Aber sie hat natürlich Wind gemacht und wurde gewählt in den Kantonsrat. Und das hat dann eben auch in der Region den Eindruck erweckt, jetzt sind die Däniker auch dagegen, aber die ist natürlich, das muss ich klar sagen, die ist vom Wahlkreis der Region gewählt worden, primär nicht von Däniken und sie hatte in Däniken auch praktisch keine Parteiunterstützung. Aber in dem Sinne muss man einfach sagen ist die relativ stark aufgetreten gegen die ganze Geschichte. Aber das war da ja weitgehend ja – man muss ja sehen, die Gegnerschaft hat nicht gewusst, dass sie, wenn sie grundsätzlich gegen die Kernenergie ist, gegen die Standortbewilligung antreten, die irgendwann etwa 71 vom Bund erteilt wurde. Und das war ja für uns eine Rechtsgrundlage, das war eine Standortbewilligung, hier. Und das ist in dem Sinne ja auch einen Auftrag.

Eine Behörde kann nicht einfach willkürlich das machen, was ihr in den Kram passt oder nicht, sondern sie muss das im Rahmen des Gesetzes prüfen, und da ist der Spielraum relativ klein. Natürlich hatten wir dann den Vorwurf, und der hat aber auch gestimmt, wir hätten pressiert. Wir haben genau dort gesagt, den selben Mist wie sie jetzt in Kaiseraugst haben, wollen wir in Däniken nicht. Und das war der Grund warum wir in Däniken pressiert haben, und also das stimmt, den Vorwurf akzeptier ich und ich bin heute sogar froh, dass wir das gemacht haben, anstatt dass wir nochmals weitere Jahre lang Verfahren gehabt hätten, die uns als Behörde unheimlich stark von allen anderen Aufgaben absorbiert hätten. Darum haben wir vorwärts gemacht und konnten uns dann wieder auf alle anderen Aufgaben konzentrieren und das war ganz wichtig.

Aber dann würden Sie das als Einzelfall bezeichnen, den Fall der Frau Marrer?

Sicher! Also ich habe in Däniken, klar, das kann ich ihnen auch in den Akten zeigen, ich bin auch persönlich angegriffen worden, und das muss man natürlich akzeptieren, aber dann anonym, oder. Also einmal gross mit einem Inserat. Und dann habe ich dann natürlich reagiert und habe den natürlich dann vor allem herausgefor-

dert wegen seiner Anonymität. Der hat sich dann gemeldet. Das war dann noch einer aus der selben Partei wie ich war, aus der CVP, ein Däniker. Ein Lokomotivführer. Aber der hat sich dann entschuldigt für die Anonymität. Und ich hab ihm dann auch einen Brief geschrieben und wir haben uns dann auch ausgesprochen. Und ich habe jedem Däniker angeboten: wenn ihr dagegen seid, dann reden wir mit euch, also wir haben uns ganz gross angestrengt. Und ich darf ihnen sagen, ich habe in dieser Zeit während rund sieben, acht Jahren hatte ich praktisch im Monat einen bis zwei freie Abende. Und sonst war ich ständig für die Behördentätigkeit unterwegs. Ich frage mich heute woher hab ich diese Kraft genommen, nebst meinem Beruf. Ich war beruflich Betriebsleiter und das hatte für mich irgendeinmal auch Konsequenzen. Ich darf ihnen sagen ich hatte damals aus gewissen Einflüssen – das könnte man heute noch überprüfen vom Präsident der Pro Niederamt, ich habe heute mit dem eine gute persönliche Beziehung, der weiss auch, dass das nicht so nett war, aber wir kannten uns da nicht, und da hat er sehr stark interveniert und Druck aufgesetzt auf meinen damaligen Chef. Ich war da Betriebsleiter in einer Maschinenbaufirma und habe sehr grosse Kompetenzen gehabt und auch sehr viel gemacht.

Für mich war einfach klar vor 2300 gibt es keinen Feierabend, wenn ich nicht eine Sitzung habe. Ich habe wirklich auch dort einen überdurchschnittlichen 10 bis 12 Stunden Tag gezeigt. Und das hat dann zu einem Mobbing geführt durch meinen Chef, so dass ich die Stelle dann verlassen habe. Also, da gab es einen direkten Zusammenhang. Wobei man kann bei so einer Stelle, die man dann plötzlich aufgibt nach 15 Jahren, da kann man natürlich, das war eine gute Stelle, ich hatte gut verdient, kann man natürlich immer sagen es hat noch etwas anderes eine Rolle gespielt, und das war wahrscheinlich so, es ist ja immer die Summe von...

Aber der massgeblichste Punkt war eigentlich schon dieser. Man bot mir damals die Vizedirektorbeförderung an, wenn ich die Politik aufgebe, und das schaute ich als so fies an, dass ich mich mit meinem Chef überworfen habe. Ich habe gesagt

jetzt habe ich eine Aufgabe übernommen, aus der ich nicht einfach rückwärts raus kann. Und im Zuge des ganzen habe ich dann auch gesundheitliche Probleme bekommen, noch kurzfristig, habe mich dann aber gut wieder erholt, aber ich habe dort auch zwei Monate aussetzen müssen. Also es war nicht ganz einfach, das hat belastet und auch meine Familie hat das belastet. Und da muss ich sagen unsere grosse Sorge war auch im Gemeinderat, dass wir sahen, dass in einzelnen Familien plötzlich jüngere Leute kamen, zum Teil aus Schulen heraus, vor allem die in Olten oder Aarau waren, die sehr stark von der Gegnerschaft beeinflusst wurden. Ich muss sagen ich hatte in der Zeit natürlich auch eigene Kinder, mit denen ich in die Diskussion kam.

Mir wurde auch die Frage gestellt, warum machst du das überhaupt, das ist doch so gefährlich. Ich muss eigentlich sagen irgendwo habe ich mich auch gefragt, einerseits habe ich mir gesagt als Bürger hast du eine staatsbürgerliche Pflicht, primär bin ich nie gross auf eine Partei abgefahren. Man hat eine Partei in dem Sinne gebraucht, man wurde von einer Partei vorgeschlagen und ich muss sagen ich war die ersten acht Jahre oder sechs Jahre als ich Gemeinderat war, war ich nicht mal Mitglied dieser Partei. Ich bin dann irgendwann in der Notwendigkeit, jetzt musst du dich hier engagieren, bin ich dann dort dazu. Aber für mich war Parteipolitik primär nie ein Thema, sondern für mich war es ein Thema als Staatsbürger und logischerweise braucht es Parteien und da ist man in einem Dilemma, wenn man sich engagiert ist man auch in einer Partei, aber ich muss das klar sagen, das war für mich die Entscheidung.

(Ausführungen Parteizugehörigkeit)

(1:00:20) Ich habe aber sicher nie die Ambition gehabt an all dem etwas zu verdienen, also das war alles ehrenamtlich. Natürlich hat man dann gewisse Entschädigungen auch an das Engagement angepasst, aber ich muss sagen so der Leitsatz am Anfang, als ich in den Gemeinderat kam, war Feuerwehrsold gleich Gemeinderatsentschädigung, pro Sitzung, das war damals ein Franken, das muss man sich mal vorstellen.

Sie haben eingangs gesagt, dass die Information eigentlich der Schlüssel war zur ganzen Entwicklung. Können Sie kurz skizzieren, wie Sie als Behörde die Bewohner informiert haben?

Also man hatte mal zusammen in der Gemeinde mehrere Informationsveranstaltungen gemacht, mit entsprechenden Informationsmaterial, an denen dann vor allem auch der Herr Dr. Utzinger als Physiker, das war der Direktor damals im KKG, da hat man informiert, man hat Fragen beantwortet, man hat Informationsveranstaltungen gemacht von der Gemeinde und von den Parteien. Man hat auch überparteiliche Informationsveranstaltungen gemacht, und ich glaube wenn ich zurückschaue, haben wir das in der Gemeinde recht gut hingebraucht. Und wenn ich zurückschaue war das vielleicht sogar unser Fehler: uns ist es nicht gelungen, unser Goodwill zu informieren, in die Region hinauszutragen. Nicht einmal das ist uns gelungen, ich muss sagen das ist ein Mangel, ich bin nicht so unkritisch zu sagen, wir hätten alles richtig gemacht. Ich habe hier auch ein Plänchen gefunden mit dem Wasserkonzept.

(Ausführungen Kühlwasser) (Wechsel Tonband)

Und dann war da diese Wasserleitung, die war da eigentlich auch in der Baubewilligung. Da hatten wir drin, dass während zehn Jahren die Gemeinde verlangen kann, dass wenn wir das bräuchten aus irgendwelchen Gründen, dass diese Verbindung dann auch noch das Kernkraftwerk bezahlen muss. Das kostet natürlich schwer Geld. Ich kann mich erinnern, in diesen rund fünf Jahren in denen ich Baupräsident war, habe ich einmal zusammengezählt, welche Bauvorhaben wir gehabt haben. Das waren für 27 Mio. Gemeindebauten, die natürlich zu einem grossen Teil bezahlt wurden vom Kernkraftwerk, von den SBB und von der PTT. Da muss ich noch sagen, einerseits bezog sich die Bahn immer darauf, dass sie nach eisenbahnrechtlichen Kriterien ausserhalb der Baureglemente der Kantone und Gemeinden machen kann, was sie will. Und auch da, damals war das eine Sache, ich habe der Bahn den Bau eingestellt, da die einfach ignoriert haben,

dass wir ein Baureglement haben. Und die mussten dann nachgeben. Dann war dasselbe, die Post hat sich dann angehängt an das eisenbahnrechtliche Bewilligungsverfahren nach Artikel 18 des Schweizer Bahngesetzes, weil sie auch entsprechende Geleiseanlagen hatte. Aber das hatte dann ziemlich Wirkung, dass wir dann unserer Forderungen der Gemeinde – das war natürlich sehr vieles betroffen, letzten Endes mussten wir ein Gemeindehaus bauen, wir brauchten eine grössere Verwaltung. Wir brachten beispielsweise hin, dass Kernkraftwerk die Vorfinanzierung übernommen hat, denn wir waren damals finanziell an einem Punkt an dem wir sahen: wir gehen als Gemeinde pleite wenn wir nicht die in Verträgen dazu verpflichten können, dass sie das, was sie auslösen, auch bezahlen. Und wie gesagt, für eine Gemeinde, damals mit einem Steuereinkommen, ich sag jetzt mal ganz grob um die zwei, zweieinhalb Millionen, innerhalb von vier fünf Jahren 27 Millionen zu verbauen, das muss man einfach mal sehen. Wir hatten aber auch eine Verschuldung bei meinem Rücktritt als Baupräsident, von 9500 Franken pro Einwohner. Wir konnten das aber auch nur darum verantworten weil wir sahen: es braucht Jahre bis wir überhaupt diese Schulden abgetragen haben mit diesen zusätzlichen Steuern, die dann das Kernkraftwerk gebracht hat. Dabei haben wir immer gewusst: die Bahn und die Post bringen keinen Franken Steuern. Das muss man auch sehen.

Was war das mit diesem Rangierbahnhof, den Sie erwähnt haben, da bin ich noch nicht ganz schlau geworden?

Also in dieser Phase, in der ich in den Gemeinderat eingetreten bin, war das Thema Nr. 1 in Däniken Rangierbahnhof. Und zwar war ein Vorprojekt da aus den 50er Jahren, mit einem Landerwerbsverfahren. Und dieses Landerwerbsverfahren hat in Däniken und Gretzenbach und Obergösgen sehr stark bewegt, vor allem die Landwirtschaft. Die Bauern wollten das Land nicht verkaufen. Und dann hat man, das war nach Gesetz möglich, ein Expropriationsverfahren eingesetzt, ein Landenteignungsverfahren. Also das ist dann gar nicht schön. Und das ist lange Zeit, das ist etwa über 12 Jahre gegangen,

wenn ich das jetzt so grob sagen kann. Es wurde dann auch eine Schutzgemeinschaft der Landinteressierten gegründet. Das war weitgehend das Land hier unten rum. Und der Rangierbahnhof hätte über 60 Geleise gehabt, also ähnlich wie in Spreitenbach. Das wäre eine ganze Region gewesen, in der da Güterzüge zusammengestellt worden wären, mit Ablaufbergen. Also das funktioniert so, dass man Ablaufberge hat und unten nach ein Schienensystem mit Weichen und am Schluss hat es Züge, die dann während der Nacht zusammengestellt werden und am Morgen oder schon in der Nacht fahren sie dann weiter. Das war die Grundidee. Und das hat natürlich sehr stark polarisiert, auch in der Behörde drin. Wobei da natürlich öffentliche Interessen mit privaten zusammengeprallt sind, in einem grauenhaften Ausmass. Und dann gab es eine Schutzgemeinschaft, das war ein Nationalrat, Nebiker, der lebt heute nicht mehr. Der war aus Sissach. Der hat viel gemacht für die Landeigentümer und vor allem auch einigermaßen vernünftige Preise rausgeholt. Aber da sind natürlich Fragen auf uns zugekommen, vor allem auch mit dem Lärm, das war für uns das grösste Thema. Als wir sahen, dass in Spreitenbach das Verfahren schon weiter war, ging der ganze Gemeinderat in corpore nach Spreitenbach und dort haben wir mit denen die Sache einen ganzen Tag lang besprochen. Wir haben dann gesehen, dass primär Fragen des Verkehrsanbindung und des Lärms im Vordergrund standen. Wir haben dann den Kanton veranlasst, dass er eine spezielle Lärmkommission für diese spezielle Frage gründet. Ich wurde da Mitglied. Da haben wir geschaut, dass man mit Popularbeschwerden, das sind Beschwerden, wo mehrere Leute unterschreiben, dass man die dann überhaupt aufnehmen konnte. Das Recht war damals noch sehr eng. In dieser Lärmkommission wurden dann die Anforderungen einfach immer höher hinaufgeschraubt und am Schluss haben wir eine eigentlich absolut verrückte Forderung gestellt. Wir haben gesagt: ihr müsst den überdachen. (lacht). Man hat Lärmmessungen gemacht und auch Lärmrechnungen und hat dann gesehen, dass das unheimlich hallt im bewohnten Gebiet,

nicht nur in Däniken sondern auch auf der anderen Seite. In dieser Lärmkommission sassen auch die Baupräsidenten aus Dulliken und Obergösgen und wir haben dann gemeinsam mit der frisch gewählten Frau Nationalrätin von Wiesen, wie hiess sie noch nur? Mit der setzten wir eine Informationsveranstaltung durch zusammen mit der Bahn und haben die ganz brutal konfrontiert. Erste Frage: braucht ihr das überhaupt? Das war in Obergösgen, da haben wir die Bahn ganz lausig in die Enge getrieben. Bei solchen Verfahren gibt es immer zuerst Vorprojekte. Und irgendwie 1974, also das Kernjahr 74, wo einerseits die Bewilligung für das Kernkraftwerk rechtsgültig wurde und dann auch noch die ihr Projekt definitiv aufgelegt haben. Und im Rahmen dieses Verfahrens wurde die Frage «braucht die Bahn das?» polarisiert. Und das war das Gute. Und irgendwo in den 80er Jahre ist dieses Projekt dann einfach... Also die wollten nach zwei Jahr oder so schon einmal mit dem Bau beginnen, so ca. 76/77. Aber dieses Verfahren hat sich dann so verzögert und versandete irgendwo, bis die Bahn dann irgendwann mit neuen Leuten, die das neu angeschaut haben, gesagt haben, nein, das brauchen wir nicht. Und das war ein riesen Erfolg für die Region. Ich habe vor allem gelernt, dass das sogenannte Kurverkreischen, das es vor allem bei den Güterwagen, die stabil gebaut sind, das ist katastrophal, wie das pfeift. Und wir haben gesagt, das akzeptieren wir nicht. Vor allem wären die Dulliker betroffen gewesen. Ich mag mich erinnern an einen Streit mit dem Dulliker Gemeindepräsident, der ja in derselben Partei war wie ich. Ich habe den nie begriffen. Nur immer emotional, nie mit Fakten. Der kam mir einmal: so ihr Däniker, jetzt habt ihr den Dreck, jetzt habt ihr diesen Rangierbahnhof, nehmt doch das Geld vom Kernkraftwerk. Da habe ich gesagt: Kamerad, du musst auf deine Gemeinde schauen. Das selbe Kurvenkreischen, das wir in Däniken bei der Einfahrt haben, hast du in Dulliken. Nur musst du das jetzt endlich merken, ich hab dir das jetzt klar gesagt. Von da an hatte man natürlich plötzlich Unterstützung von Seiten der Dulliker Behörden, zumindest was den Rangierbahnhof betraf. Wir woll-

ten uns nicht einfach überfahren lassen mit all diesen Infrastrukturwerken. Wir haben natürlich gesagt: muss das sein, dass sich alles in Däniken konzentriert und wir diese Lasten haben. Zum Glück kam das dann anders heraus.

Wann wurde denn dieses Projekt begraben?

Ja das wurde erst in den 80er- oder sogar 90er-Jahren begraben. Das war noch nicht begraben, als ich zur Behörde rausging. Aber das Interesse hat dann nachgelassen. Wobei man sagen muss, dass das ganze bei der Bahn mit vielen technischen Fragen zusammenhing. Da bin ich jetzt auch nicht kompetent. Aber die, die das geplant haben, waren ja auch nicht dumme Leute. Aber das ist ja das interessante, in der Technik bewegt sich immer einziges. Das ist auch so bei der Wissenschaft. Man soll diesen Weg nie zumachen, man soll den offen behalten, so dass spätere Generationen bessere Lösungen bringen können, als die, die wir fanden. Die Lösungen, die wir angetroffen haben von unseren Vätern, die waren auch nicht perfekt. Und auch die Lösungen, die wir in irgendeiner Form vom Gebilde Rechtsstaat und Entscheidungseinfluss mitmachen mussten, auch die sind nur auf Zeit. Das ist bei allem so.

Aber dann kann man sagen, dass es damals zwei grosse Infrastrukturprojekte gab in Däniken, die die Behörde voll belastet haben.

Ja das ist Wahnsinn. 5 Meter Akten würden nicht reichen, wenn ich das noch hätte. Da hat meine Frau mal gesagt, es müsse weg. Nur die Sachen, die Sicherheitsrelevant mit dem Kernkraftwerk zu tun haben, die bleiben bei mir. Denn wenn da mal was passiert, dann will ich in den Akten zeigen was gesagt wurde usw.

Was war denn der Unterschied zwischen den zwei Projekten? Der Gemeinderat hat ja offenbar beim Rangierbahnhof recht stark opponiert und beim Kernkraftwerk nicht. Was war da der Unterschied?

Der Gemeinderat hat auch beim Rangierbahnhof nicht offiziell opponiert, sondern einfach immer wieder darauf hingewiesen... Man kann ja nicht als Ge-

meinde offiziell Opposition betrieben, das kann eine Bürgerinitiative. Man kann ein Projekt befördern oder behindern. Und natürlich kann man heute sagen, der Rangierbahnhof wurde aus Sicht der Behörden eher behinderlich behandelt worden, aber er musste behandelt werden. Während dem das andere Projekt eher... vor allem auch weil man gesehen hat das Energieproblem spitzt sich zu. Ich kann ihnen eine Zahl sagen. 1974 war der Energieverbrauch in der Schweiz bei 35000 Gigawatt. (zögerlich). Und heute ist der bei 57/58... das muss man sich mal vorstellen. Und von Seiten der Gegner wurde immer behauptet: Stromsparen, der Verbrauch geht nicht weiter. Der Verbrauch geht weiter. Auch wenn wir jetzt mal einen Winter lang einen Rückgang haben. Das spielt keine Rolle, der Stromverbrauch geht weiter, das ist das Wachsen der Zivilisation. Hier dagegen zu steuern, indem man einzelne Dinge beim Wachsen hindert, ist falsch. Da muss der Mensch vernünftiger in seinem Grunddenken. (Ausführungen zum Problem der Wegwerfgesellschaft). Am Anfang des Gesprächs habe ich ja gesagt, ich hatte zwei Motivationen. Die einte war als Staatsbürger, die zweite war natürlich: wir machen eine riesen Todsünde. Wir verbrennen das edelste Gut, das uns die Erdrinde bringt, nämlich das Erdöl, für Wärme. Das darf doch nicht wahr sein.

Also war es eigentlich eine unterschiedlich wahrgenommene Notwendigkeit. Man hat gesagt: Das Kernkraftwerk ist nötig, der Rangierbahnhof nicht, und darum hat man das unterschiedlich...

Ja, da muss ich klar sagen, für mich ist die Motivation, Kernenergie braucht es. Ausserdem war damals ja die Diskussion über eine lange Bauzeit sehr vieler Wasserkraftwerke, Hochdruckkraftwerk in den Alpen, gewisse wollte man da nicht mehr. Zum Beispiel das Werk Greina, das war so umstritten. Das hätte etwa die Hälfte gebracht wir heute ein Kernkraftwerk, oder etwa soviel wie beide Beznau zusammen. Das hat man damals verhindert aus Umweltgründen. Ich war damals Mitglied des Naturschutzes, für mich war Naturschutz damals eine Aufgabe. Aber ich muss sagen, ich bekam den Eindruck, die Naturschützer führen irgendwo ab auf

irgendwelche Glaubensfragen. Die haben nicht gesehen, dass sie sich selbst im Weg stehen, wenn sie die Kernenergie verhindern. Das ist einfach mal meine Wahrnehmung. Darum wurde ich auch kein Grüner. Die stehen sich letztlich selbst im Weg für vernünftige Lösungen. Schon bevor es Grüne gab, gab es aus den Bürgerlichen Parteien heraus Leute, die Umweltschutz betrieben, man nimmt es einfach nicht mehr wahr heute. Man hat einmal in einer Zeit, im vorletzten Jahrhundert damit begonnen sauberes Wasser in die Häuser liefern. Das war am Anfang, als ich frisch in der Behörde war, auch noch ein Thema in Däniken, überhaupt mal diese sauberen Wasserversorgung fertig zu machen. Oder dann die Abwasserreinigungsanlagen, das entstand auch alles in dieser Phase. Die ARA Schönenwerd wurde in dieser Phase ausgebaut. Da sind riesige Aufgaben entstanden. Das waren primäre Aufgaben des Umweltschutzes und der Hygiene.

Wie haben Sie das sonst so wahrgenommen im Gemeinderat, wie waren da die Motivationen gelagert?

Also ich muss so sagen. Die Gemeinderatskommission war zusammengesetzt aus dem Ammann, Herr Hagmann, ein Bauern, ein sehr intelligenter Mann, sehr weitsichtig, Ernst Hagmann. Der war zwar nicht in meiner Partei, aber ich habe immer vor diesem Mann den Hut genommen. Ruhig, überlegt, hat zugehört. Der zweite war Gottfried Saam, SP; der ist jetzt 90ig, leider nicht mehr gesund, der ist im Altersheim. Auch der hat das unterstützt weil er gesagt hat, wir von der Bahn, öffentlicher Verkehr, wir brauchen mehr Strom. Dann war ich als dritter, ich komme eher von der Technik, Maschinenbau. Für mich war es schnell klar: einerseits aufhören damit das Erdöl zu verbrennen fürs Heizen, hingegen dafür sorgen, dass endlich andere Strukturen kommen, die eine Mobilität ohne Diesel und Benzin ermöglichen. Und natürlich noch die Staatsbürgerliche Aufgabe. Und dann hat man die Gemeinderatskommission auf fünf Personen erweitert, und dann ist Renggli Erich hinzugekommen, FDP. Er war Kaufmann. Und Selig René, der war Ingenieur. Und der war für uns natürlich eine wertvolle Ergänzung, vor allem in Fragen der Physik und auch Fragen der

Wärmetechnik. Wir haben dann aber bald gemerkt, dass er interessiert ist beim Werk eine Anstellung zu finden. Darum war es nicht möglich, dass er eine exponierte Aufgabe übernahm, wegen der Interessenkollision. Das war uns klar. Er ist dann auch irgendwann, als sie anfangen Leute zu rekrutieren, war er dann dabei. Als ich dann 77ig das Baupräsidium aufgegeben habe, da kam zuerst ein SP Mann, den ich auch unterstützt habe, und dann wurde der langjähriger Baupräsident, aber erst etwa 85. Also der weiss sicher auch sehr viel. Dann war in dem ganzen Zirkus drin natürlich auch noch der Gemeindeverwalter, Hermann Spillmann. Der war in Rechtsfragen sehr beschlagen. Und der rief uns natürlich ständig ins Gewissen: wie wollt ihr das überhaupt finanzieren, ihr Herren. Wir hatten in Däniken nur einmal eine sehr kritische Situation in Däniken, in der Gemeinderatskommission Hermann Spielmann als Gemeindeverwalter und Aktuar der Baukommission und ich, wir forderten eine qualifizierte Rechtsberatung. Die anderen Herren wollten da zuerst nicht. Und dann mussten wir auf Deutsch gesagt mit relativ hohem Druck operieren müssen. Das war eigentlich der einzige Punkt, wo wir uns bei dieser wichtigen Frage lange nicht einig waren. Das wäre verheerend gewesen für die Gemeinde, wenn wir das nicht gemacht hätten. Der Hauptinitiator dafür war der Verwalter, Hermann Spielmann. Und wir haben natürlich dafür gesorgt mit dem Infrastrukturvertrag, dass dieser Rechtsberater durch das Kernkraftwerk bezahlt werden musste. Das waren also recht grosse Summen.

Worum gings da genau, bei dieser Rechtsberatung?

Ja einmal vor allem darum, dass die Gemeinde finanziell nicht unter die Räder kommt. Und natürlich dann auch mit dem ganzen Steuerverteilervertrag hats dann angefangen reinzuspielen. Aber primär ging es darum einen Infrastrukturvertrag abzuschliessen, der verhält. Weil das ist nicht üblich, dass eine Gemeinde eine Infrastrukturvertrag macht mit mehreren. Mit der Post, mit dem Kernkraftwerk und mit der SBB. All diese Sachen haben da reingespielt. Also sie sehen, wir waren damals... Ich war damals noch jung, ich

war noch nicht vierzig, ich hatte da noch die Kraft. Ich bin auch gewachsen an den Aufgaben. Ich habe nicht nur Negatives gehabt. Das Negative war, dass die Familie zu kurz kam.

(Ausführungen zur Dankbarkeit gegenüber der Ehefrau)

Als dann Herr Moor 77 in die Gemeinderatskommission kam, für Rene Selig – der war dann im Kernkraftwerk und konnte nicht mehr in der GRK sein. Und da habe ich von meinem Recht gebraucht gemacht und bei der Ressortverteilung gewechselt. Hinterher hab ich mich manchmal gefragt ob das fair gewesen ist. Der der frisch kam hatte dann plötzlich das alles am Hals. Ich habe dann das Wehrwesen übernommen.

(Erläuterungen über seinen Austritt aus der Gemeinderatskommission und Bau Kindergarten).

Wie nahmen Sie damals die Stimmung im Dorf war?

Viele hielten sich auf ab diesen Angriffen, die ja nicht qualifiziert waren, dieser drei Gemeindepräsidenten. Zum Teil einfach nicht kompetent. Gerade erst kürzlich habe ich mit einem damaligen Gemeinderat aus Schönenwerd geredet. Der hat gesagt: hätte ich nur damals schon die Gnade gehabt, mit dir zu sprechen. Wir haben damals halt einfach auf den unsrigen gehört. Ich will da jetzt nicht gross Namen sagen. Die waren ihrem Amt nicht gewachsen, die waren unfähig. Zur Information muss ich noch sagen, wir haben ja damals noch diese berühmten Reichen gemacht, ich weiss nicht, haben sie davon etwas gelesen in der Presse? Diese sogenannten «Spanienreisli». Da ging eine riesige Polemik los. Wir sind damals als gewählte Gemeinderat an einen Ort, wo es Kühltürme hatte, wir gingen dort die Leute fragen: wie geht es hier? Und dann haben wir gesehen, dass im Winter um den Kühlturm herum alles gefriert. Eine Frau, die etwa 150m vom Kühlturm entfernt wohnte, hat uns gesagt, im Winter sei bei ihr die Türe oft zugefroren. Vom Wind her, vom Riesel gefror das direkt. Das waren Erfahrungen wo wir gesagt haben: so ein Kühlturm kommt hier nie in Frage!

Warum wurde er dann trotzdem gebaut?

Die haben da ein System gebracht mit Filtern. Das war dann wieder ein Problem mit dem Eternit. Eine Einlaufebeine auf ca. 25 – 30 Metern über den Stützen, wo das Wasser verteilt wird, das läuft da herunter. Das ist ein Naturzugkühlturm, eine Kaminwirkung. Nur weil da ein hohes Rohr ist kommt von unten Luft, die dann automatisch durch Temperatur- und Gewichtsunterschieden, kommt da der Zug zustande. Jetzt musste man dafür sorgen, dass der nicht noch Wassertropfen mit nach oben nehmen kann, auf diese 150 Meter. Die kamen mit einem lamellenförmigen Einlagesystem, die ganze Ebene wurde mit 10'000 dieser Lamellen gefüllt. Das Thema war dann wieder: es geht nicht ohne Kühlturm. Die Probleme, die man damals gehabt hat mit der Nachbarschaft, die sind weitgehend gelöst. Ausserdem haben wir gesagt: wer mit dem Kühlturm ein Problem hat, der kann jederzeit und egal wo, unentgeltlich gegen das Werk vorgehen, in einem Schiedsgericht. Und was passierte dann? Das war dann schon in einer Phase, in der wir einen Gegner im Gemeinderat hatten, Albin Hagmann. Der wusste nichts gescheiteres zu sagen als: unbeschränkt, das ist nicht definiert, man muss dieses Gebiet beschränken. Und damit hat die Idee Schiedsgerichtsvertrag nicht funktioniert. Die haben das gehört vom Werk und haben gesagt: gut, das ist der Plan, wir beschränken das. Die Probleme der Wolke, da haben sie sich gewaltig getäuscht, von der Höhe her. Ich würde einfach nicht akzeptieren, wenn ich in Winznau wohnen würde, oder in Lostorf, wenn man mir einen solchen zweistündigen Dampf vors Haus stellen würde am schönsten Tag. Nachdem was wir damals in der Bewilligung hatten, wenn uns das das Verwaltungsgericht nicht rausgenommen hätte, dann hätten wir die zwingen können den Kühlturm abzureissen und dann hätten wir heute einen Hybridkühlturm, wie es sie bereits überall gibt. Der hat nicht mal mehr eine Wolke. Der ist 60 Meter hoch und fertig. Das bedaure ich heute, wir haben das dann nicht mehr vor das Bundesgericht gezogen weil wir sagen, wir haben keine Chance.

Das wäre eine dieser Auflagen gewesen.

Ich kann Ihnen das auch zeigen. Das ist ein Büchlein Schiedsgerichtsvertrag. Und da hätte jeder, der irgendwo einen Nachteil gehabt hätte wegen der Dampffahne, die Betreiber einklagen können, dass sie die Liegenschaft entschädigen müssen. Das hätte jeder gekonnt. Aber die Öffentlichkeit hat das nicht wahrgenommen.

Aber wie ging man in Däniken sonst mit dem Kühlturm um? Hat vielleicht diese Entscheidung eine Wende gebracht?

Gut, das muss man schon sehen. Däniken ist natürlich insofern von der Geographie im Vorteil. Die Gemeinde liegt südlich, wir haben von der Dampffahne her keinen Nachteil, an keiner Ecke. Und das wurde uns natürlich zu recht vom Vorwurf gemacht. Aber die hätten uns ja zumindest unterstützen müssen in der Auflage, dass man den Kühlturm wieder abreißen muss, dass man etwas neues verfügen kann. Aber nicht einmal das haben sie gemacht.

Mit welcher Begründung hat denn das Verwaltungsgericht diesen Passus rausgenommen?

Es sei ein unzulässiger Eingriff in die unternehmerische Tätigkeit. Das kann man natürlich sagen. Man kann natürlich sagen das gehöre nicht ein Bewilligungsverfahren. Einmal bewilligt ist immer bewilligt heisst es ja.

Aber dann hat der Kühlturm keine Diskussionen ausgelöst?

Däniken hat eigentlich den Kühlturm akzeptiert, weil sie gesagt haben: die Flusswasserkühlung ist verboten. Es kommt noch dazu, dass die Fischer plötzlich in Beznau fischen gingen, beim Kraftwerk, das ja keinen Kühlturm hat. Dort konnten sie am meisten Fische fangen und gewisse Zonen mussten dann gesperrt werden, damit die Fischer da nicht alles holten. Also die Fischer haben sich getäuscht. Der Bundesrat hat einen Entscheid gefällt gegen die Flusswasserkühlung, der sich einseitig auf die Einwände der Fischer bezog, und weniger Landschaftspolitische Anliegen. Ich schaue das heute als falsch an. (Ausführungen über neue Kernkraftwerke).

Während dem Bau hat der Bund unter Willy Ritschard ständig die Sicherheitsauflagen verstärkt. Er starb ja dann noch vor der Einweihung, dann kam Herr Schlumpf als Energieminister und der hat dann diese Politik weitergeführt. Ich kann mich erinnern an den Bau in Leibstadt, die haben dort noch mal die Sicherheitsvorschriften ständig erhöht. Ich war da von Berufswegen involviert, mit der Lieferung von Kabelträgersystemen, wo ständig die Vorschriften für die Befestigung, statische Vorschriften, ständig verbessert wurden. Aber Mühleberg und Beznau I und II genügen aus meiner Sicht... ich bin der Meinung die gehörten schnellstens ersetzt aus Sicherheitsgründen. (weitere Ausführungen zu neuen Kernkraftwerken).

Sie haben ja immer wieder Fragen: wie hat Däniken reagiert. Wir hatten in Däniken einfach keine grossen Widerstände und wir waren immer sicher, dass wir über 80% der Bevölkerung hinter uns haben. Das haben wir auch in Gesprächen natürlich am Wirtstisch herausgefunden. Diese Diskussion in unsere Richtung wurde auch noch gefördert durch die Neiderscheinungen der drei Ammänner, von denen ich erzählt habe. Da haben die Leute gesagt: die missgönnen uns nur die Steuern, die da kommen. Es war eine eigenartige Verkettung von Leuten, die Dinge herausgelassen haben, die genau das Gegenteil bewirkt haben. Man muss hier auch ein wenig die Psychologie kennen.

Aber dann denken Sie, dass die Opposition von Pro Niederamt in Däniken keinen Einfluss hatte?

Nein, überhaupt in keiner Art und Weise. Die Diskussion der Gegner hat auf einen Willi Ritschard, als der plötzlich merkte, dass seine Partei in dem Masse dagegen ist, einen ungeheuren Einfluss gehabt. Er hat natürlich in Bern alles gemacht. Ich darf ihnen sagen diese Bewilligungen hab ich noch bei mir. Wir haben ja Teilbaubewilligungen gemacht. Da ist ein ganzes System gekommen von weiteren... aber immer gestützt auf die Grundbewilligung, wo die einzelnen Detailpläne für die Detailbauten eingereicht werden mussten. Aber wie gesagt, man muss einfach verstehen. Die Diskussion in der Schweiz lief letztlich anders als in der Region. In

der Region war primär Pro Niederamt der Meinung: der Wert der Häuser fällt herunter, das wollen wir nicht, folglich wollen wir kein solches Kraftwerk. Basta, die sollen das an einem anderen Ort machen. Mein damaliger Chef hat gesagt: Fessenheim, das ist in Ordnung. Ohne zu wissen: wenn mal wirklich sicherheitsmässig etwas passiert, Tschernobyl, dann sind wir genauso betroffen wie wenn es hier passieren würde. Nur dass kann nicht passieren, weil es ein anderes System ist. Aber man muss nicht sagen, man kann das irgendwo in der Nähe bauen, wir wollen es nicht vor uns haben. Ich muss sagen Pro Niederamt hat aufgegeben nach einem Telefon von mir. Und der Herr Bühlmann, Hans Bühlmann, wohnt in Schönenwerd, ich bin heute eigentlich gut befreundet mit ihm. Damals, als die Pro Niederamt sehr aktiv war und dann plötzlich ihre Aktivitäten aufgab, da war ein Telefon, ich kann mich noch genau erinnern, im März 74. Damals hat er mich gefragt: stimmt das, dass früher die Flusswasserkühlung vorgesehen war und dann wegen der Fischer verhindert wurde. Die haben nicht einmal das gewusst. Die Phase der Standortbewilligung des Bau haben sie überhaupt nicht wahrgenommen. Ich habe dann das in einem Zeitungsartikel der Pro Niederamt vorgeworfen, sie hätten sich damals um diese Sache kümmern müssen, denn das wurde im Bundesblatt veröffentlicht und man hatte Einsprachemöglichkeiten und diese sind nicht wahrgenommen worden. Damals hätten sie eine Chance gehabt mit ihren Anliegen. Ich habe also auch ein wenig gegen die gekämpft. Ich habe da auch klar gesagt: der Kühlturm ist eine direkte Folge der Einsprache dieser Fischer. Als der Bundesrat die Flusswasserkühlung verbot haben die gesagt, jetzt machen wir auch ein grösseres, nämlich ein 1000MW und nicht mehr ein 650MW Kraftwerk.

(Ausführungen Verwechslungsgefahr Einheiten)

(Ende des Tonbands, Abbruch der Aufnahme)

Transskript Interview R. Selig, Däniken, 9. 7. 2008

Ich war ein wenig in der Politik. Ich war zuerst vier Jahre lang Aktuar in der Werkkommission, also heute heisst sie Werkkommission, damals hiess sie noch anders, und 1968 wurde ich dann in den Gemeinderat gewählt und blieb dort glaube ich zwölf Jahre lang – 68, 78, 80 – ja, das war etwa um das herum. Ja, und ich habe natürlich die ganze Geschichte des Kernkraftwerkes mitgemacht. Ich muss ihnen vielleicht etwas vorweg sagen, damit man sich nicht missversteht, also, ich habe ein Ingenieursstudium, unter anderem über Kraftwerkstechnik, aber nicht über Kernkraftwerkstechnik, sondern konventionelle Kraftwerke, das habe ich in Deutschland absolviert und habe auch in deutschen Kraftwerken einige Zeit gearbeitet. Ich bin danach in die Schweiz zurück gekommen und (unverständlich) das mal ein bisschen vorweg, als ich komme ein wenig, also sagen wir ich sei der Branche nahestehend, bis zu einem gewissen Masse. Nicht der Kernenergie, das kam dann erst später, aber der Kraftwerkstechnik ganz allgemein zur Stromerzeugung. Und ich habe das in Deutschland gemacht in Kohlekraftwerken, in Braunkohlekraftwerken und ich kenne dadurch die Materie sehr gut. Ja wie ist das damals entstanden...

Was schade ist für Sie ist, dass der damalige Gemeindepräsident, der Herr Hagmann vor kurzem ja verstorben ist und er war ja ein Gemeindepräsident, ja also sagen wir mal der besonderen Art. Sehr tüchtig, sehr gewissenhaft und hat neben seinem Bauernleben, war das seine einzige Leidenschaft, und hat da weiss nicht wie viel gearbeitet, gearbeitet, gearbeitet, viel mehr als das die heutigen Politiker machen, hat nicht viel geredet aber, aber dafür viel gearbeitet, das ist nicht dasselbe. Und ja, diese Entstehungsgeschichte...

Ich muss natürlich sagen es ist doch einige Zeit her und eh, ja, Gedächtnisprobleme können da vielleicht manchmal ein wenig ein Problem sein, so präzise. Aber meines Wissens war dieses Projekt so 1970, in etwa ans Tageslicht gekommen. Ich weiss aber, dass der Herr Hag-

mann schon vorher mit der Atel immer wieder ein wenig Kontakt gehabt hat. In der Atel war damals ein Dr. Sähmann Direktionspräsident und er hatte das schon früh ein wenig eingefädelt. Aber natürlich nicht rechtlich, sondern einfach mal ein wenig sondiert. Der Standort des Kraftwerkes hier, der hatte für die Atel eine gewisse Logik gehabt, da der Knotenpunkt Gösgen, die Verteilstation, das ist eine europäische Verteilstation. Und Herr Dr. Sähmann hatte damals schon erkannt, dass der Bau von Hochspannungsleitungen etwa das selbe Ärgernis sind wie der Bau von Kraftwerken. Und dadurch hatte das Kraftwerk Gösgen, ich glaube weltweit als einziges, praktisch überhaupt keine Hochspannungsleitungen, es ist da 200 Meter bis zur Station hinüber. Und von dort her kann es kreuz und quer in der ganzen Schweiz und in ganz Europa verteilt werden. Weil das ist eine Station, ähnlich wie die am Rhein, in, ähm, es ist mir gerade entsprungen... Wir haben etwa drei Schweiz, die praktisch den Europa-transit machen, und das ist auch eine. Das hat ein wenig den Standort gegeben.

Und dann ist es so, ganz ursprünglich, hatte die Atel ein wenig auf die Flusswasserkühlung spekuliert und dabei hat die Nähe zu einem grossen Fluss eine Rolle gespielt, wie danach auch in Leibstadt und Kaiseraugst. Das hat sich dann verändert. Jetzt die Frage, wann ist das eigentlich so publik geworden. Ja, da hätte ich mal gesagt 1971, aber ich bin mir nicht mehr ganz sicher. 1973 war ja der Baubeginn, und ich hätte gesagt so richtig publik wurde es zwei drei Jahre vorher. Wie weit die Atel vorher schon geplant hat, weiss ich nicht, aber man muss sich bewusst sein, der Bau von Mühleberg, Beznau 1 und Beznau 2 haben überhaupt keine politischen Probleme gegeben und Beznau 2. Und wenn ich recht im Gedächtnis bin, ist Beznau 2 etwa 1968 ans Netz gekommen. Und ich weiss noch selber, die haben damals so Tage der offenen Tür gemacht.

(kurze Unterbrechung)

Und der Bau der drei Kernkraftwerke hatte ja überhaupt keine Opposition. Ganz im Gegenteil, ich kann mich noch erinnern, die haben immer wieder während dem Bau so Tage der offenen Tür gemacht.

Und weil ich aus der Kraftwerkstechnik komme bin ich immer dahin gegangen zum schauen wie das ist, ein Kernkraftwerk ist schon etwas anderes als ein Kohlekraftwerk. Und ja da konnte man ins Reaktorgebäude und überall reinstapfen, da haben die ganze Besucherströme gehabt und so weiter. Aber kein Mensch hätte, also kein Mensch, niemand im Prinzip hatte da im grösseren Rahmen kritische Fragen gehabt, das kam eigentlich erst Ende 60er Jahre, anfangs 70er Jahre, ist das gekommen. Wobei der genau Ursprung, ja das könnte ich ihnen nicht mal genau sagen, was hat eigentlich die Opposition gegen die Kernenergie ausgelöst. Also Beznau 2 ist mal ans Netz gegangen und ich sag mal, also ich sage nicht dass alle einverstanden waren, aber es hat praktisch keine grössere Opposition gegeben, und in der Region von Beznau sowieso nicht. Was eigentlich die Opposition schlussendlich ausgelöst hat, da bin ich im Moment überfragt, das hängt natürlich ein bisschen, so Ende 60er Jahre, anfangs 70er ist so die erste Welle gekommen von Antiwachstum, man hat natürlich vorher in den Jahren nach dem 2. Weltkrieg eine sagenhafte Hochkonjunktur, ein sagenhaftes Wachstum, und so, und wie das so immer ist, das geht alles sinusförmig, und das hat sicher damals eine gewisse Rolle gespielt. Zwischenfälle hat es ja damals noch nicht gegeben. Wobei ich nicht sage, dass da nie irgendwo etwas passiert ist, aber das hat auch niemanden interessiert. Das war kein Tätigkeitsfeld der Presse. Und ich glaube die Opposition, die erste Opposition wurde dann ausgelöst, erstens ist in denen 70er Jahren der Umweltgedanke aufgekommen, durch den Schwenker, den in der Schweiz die Sozialdemokraten gemacht haben, das war ein Punkt, der hier eine Rolle gespielt hat. Aber warum sie dann diesen Schwenker gemacht haben, denn drei Jahre vorher in Beznau war das ja noch kein Thema, da bin ich im Moment überfragt. Aber es ist eine Tatsache, dass natürlich im Rahmen des Bewilligungsverfahrens von Däniken, das dann 1971 so richtig angelaufen ist, sich eine Opposition gebildet hat.

Auch im Dorf?

Im Dorf... eher mässig. Ich muss sagen es hat ja diese Bewegung Pro Niederamt,

in Schönenwerd gewesen, also sagen wir mal der Schwerpunkt der Opposition, das war Schönenwerd. Und in Däniken hatte es auch Leute die da in der Pro Niederamt mitgemacht haben und so. Die Frage, die Opposition in Däniken hat also nie ein Mehrheitsverhältnis bekommen. Aber es gibt keinen Zweifel, es hat auch Opposition gegeben, und der beste Beweis für die Aussage ist, 19... ich sage Ende 72, aber mit diesen Zahlen da hab ich manchmal ein wenig, aber sagen wir kurz vor Baubeginn, der war ja im September 1973, aber so etwa Ende 72 oder Anfangs 73 war da mal eine Gemeindeversammlung, wo dann zu befinden hatte, eine ganz entscheidende Frage, ob man einen Strassenplan machen kann in das heutige Gebiet, denn so ein Kraftwerk kann man nicht über Feldwege bauen, vorher hatte das ganze Gebiet da unten nur Feldwege. Und dann war die Frage (unverständlich) die Strasse ausbauen, und das ist eine Sache der Gemeindeversammlung.

Das Baubewilligungsverfahren ist im Kanton Solothurn nicht Sache der Gemeindeversammlung, das ist Sache der Baukommission, Gemeinderat und wenn die Einsprachen weitergehen Baudepartement, aber die Gemeindeversammlung ist im Baubewilligungsverfahren im Kanton Solothurn nicht involviert. Und dann war diese Gemeindeversammlung, und wenn die zum Beispiel gesagt hätte, nein wir bauen keine Strassen da hinunter, dann wäre das Projekt vielleicht gescheitert, ich weiss es nicht (lacht), oder es hätte eine neue gegeben, ich weiss es nicht wie es weiter gegangen wäre. Aber Tatsache ist, dass die Gemeindeversammlung ja gesagt hat, wir bauen diese Strassen dort, wobei bezahlt hat sie das Kraftwerk aber schlussendlich gebaut hat sie die Gemeinde.

Man hat bei der Gelegenheit auch die Unterführungen in Däniken gebaut, das ist aus dieser Zeit, die hat auch das Kraftwerk bezahlt, denn das Kraftwerk musste Schwertransporte machen können, und jede Menge Ware und Zeugs und Sachen und (unverständlich). Jetzt werden sie sich Fragen mit welcher Mehrheit hat diese Gemeindeversammlung das beschlossen, und da kann ich ihnen die Antwort nicht geben, aber das wäre zum Beispiel in den Akten

der Gemeinde sicher vorhanden. Aber auf alle Fälle fehlte es nicht etwa an drei Stimmen, es war eine deutliche Mehrheit, und alle die dabei waren und zu Pro Niederamt gehörten, haben nein gestimmt. Aber das Verhältnis, da bin ich im Moment überfragt, aber es war einfach Mehrheitlich beschlossen worden, ich habe so in Erinnerung so mit etwa Zweidrittelsmehrheit oder so etwas, aber behaftet mich nicht auf diese Zahl. Und mit dem ist natürlich 19... Das Bewilligungsverfahren für ein Kernkraftwerk war damals Gemeindegache, zum Teil Kantonssache, speziell Wasserrecht ist eine kantonale Sache, und ähm teilweise Bundessache. Und dann ist das so weitergelaufen und im August 73 waren dann die Bewilligungen beieinander und im September 73... Ich war dann damals, das muss ich trotzdem sagen, ich meine ich mach da kein Geheimnis draus, weil ich aus dieser Branche komme habe ich mich dann auch interessiert und wurde dann angestellt, aber nicht etwa als Direktor, sondern habe weit unten angefangen, habe zwar nachher eine gewisse Karriere gemacht im Kraftwerk, weil ich auch 25 Jahre geblieben bin und weil ich aus der Branche bin, ja ist das, waren gewisse Voraussetzungen gegeben.

Aber ähm, ich bin dann nachher weiterhin auch eine gewisse Zeitlang Gemeinderat geblieben, und irgendwann habe ich dann aufgehört, weil es mir einfach zuviel geworden ist. Ich bin dann nachher in die Baukommission gegangen und bin bis vor ein paar Jahren noch Baupräsident gewesen in Däniken, aber ich gehe mal davon aus, dass die Bevölkerung da nicht ein Problem damit gehabt hat, dass ich da unten gearbeitet habe. Aber schlussendlich arbeitet von Däniken ja ein ansehnlicher Teil der Bevölkerung in dieser Firma und äh, ich habe einfach zu den erste gehört, aber nachher haben wir ja viele Leute rekrutiert hier aus der Umgebung, auch angelehrt, jetzt sinds etwa 400 Personen, wovon die 400, ich weiss nicht wie es heute ist, aber damals waren wir 300, ich bin jetzt seit zehn Jahren pensioniert, waren wir damals 300 und von denen waren 200 hier aus der Region oder 250, grossmehrheitlich aus der Region. Oder haben hier gewohnt, so muss man sagen.

Aber der Anteil, das ist noch interessant, der aus den grossen Agglomerationszentren gekommen ist, Zürich und so, der war bescheiden, das habe ich nie ganz verstanden, aber das zeigt natürlich, dass Zürich, Zug, Winterthur, damals eben auch wirtschaftlich gesehen stark (unverständlich).

Ja jetzt diese Bevölkerung, die Pro Niederamt, ich muss sagen mit dem Baubeginn war ja die ganze Sache noch nicht gelöst. Und 1975, also zwei Jahre nach Baubeginn, war ja hier eine wüste Demonstration, angeführt im Prinzip von dieser Pro Niederamt, aber aus der ganzen Schweiz hat sich hier alles versammelt was, ich sage mal, das ist meine Meinung, sicher auch Leute, die mit Kernkraftwerken ihre Sorgen gehabt haben, aber alles andere im Schlepptau, was einfach gegen den Staat (unverständlich). Also das war eine sehr gemischte Gesellschaft, und die hat einen Umzug gemacht, angefangen da bei Dulliken oder bei Olten irgendwo und es hat dann noch Eskalationen gegeben vor dem Kraftwerk, Polizei und Geschichten, und das war an und für sich eine wüste Sache. Und das war eben etwa zwei Jahre nach Baubeginn. Und als das vorbei war ging es bergab. Dann ist irgendwie hätte ich gesagt hat sich die Opposition, das war so der Höhepunkt der Opposition, danach hat sich das so ein wenig verbröckelt, hätte ich gesagt. Und heute auf die Frage, ja, also ich glaube es wäre falsch zu sagen in Däniken sei niemand dagegen, aber mit den Jahren des Betriebes danach, ist eigentlich in Däniken null Problem gewesen von wegen Opposition.

Also ich habe 25 Jahre also 20 Jahre Betrieb mitgemacht, und da drehte sich die politische Geschichte nur um irgendwelche Vorteile, Steuern, und was alles, aber die Technik hat da eine kleine Rolle gespielt. Es ist so, ich bin selber dann noch damals, also weil ich selber ein wenig vom Fach bin, hat mich der Gemeinderat auch delegiert in die Eidgenössische Kühlturmkommission, das ist ja der erste Kühlturm in der Schweiz, ein grosser, wobei solche Kühltürme gibt es in ganz Europa zu Hauf, aber in der Schweiz war das neu. Und ich habe dann dort mitgewirkt, und auch die Interessen der Gemeinde vertreten. Und die Kommission hatte an und für

sich die Auftrag einen Bericht zu machen über die Immissionsfragen, und die ganze Kühlturmfrage ist noch recht interessant. Ich habe den Bericht letztthin, ich habe geräumt weil ich so langsam... und all die Papier der Atel geschickt, bzw. dem Kraftwerk geschickt, habe gesagt sie sollen machen was sie wollen damit, das ist Historie, ich weiss nicht wie weit sie ein historisches Archiv machen oder nicht, da bin ich überfragt, aber das ist auch in der Gemeinde drin. Und diese Kühlturmkommission hat getagt etwa zwei Jahre hätte ich gesagt, so anfangs 70er Jahre, oder Ende 60er und hat an und für sich eine Schlussfolgerung gemacht, von der ich behaupte sie war genau, man hat festgestellt, es ist ein Bauwerk einer überdurchschnittlicher Grösse, über die Schönheit kann man sich streiten, man hat aber auch ein wenig verglichen mit anderen zivilisatorischen Problemen wie Autobahn, grosse Bahnbauten oder Rangierbahnhöfen und solche Dinge und man muss das natürlich auch ein wenig in eine Gewichtung tun, leben sie lieber neben einer Autobahn oder neben einem Kühlturm, das kann man lange diskutieren. Aber man musste feststellen, dass fast alle Regionen der Schweiz mit wenigen Ausnahmen irgendetwas gehabt haben, das man sich vielleicht nicht immer erträumt. (unverständlich) Das zweite was die Kühlturmkommission geäussert hatte war der sichtbare Schwaden, und hat dann auch festgestellt, dass im ersten Kilometer, in den ersten 800 Metern der Schwaden schon einen gewissen Einfluss hat und in der Folge hat man dann auch beschlossen, und das hat der Gemeinderat initialisiert, dass man in diesen ersten 800 Umkreis einen Entschädigungsperimeter gemacht hat für die Eigentümer. Weil dort die Auswirkungen vielleicht, gerade im Inselchen in Niedergösgen sind die Auswirkungen vielleicht grösser als hier zum Beispiel, weil halt die vorherrschende Windrichtung dorthin geht. Das ist einfach Pech.

Und das dritte was man festgestellt hat, das war damals die Prognose, dass der Kühlturm auf das Wetter null Einfluss hat. Und das stimmt, er hat ja keinen Einfluss auf das Wetter. Wenn man ganz optimistisch ist vertreibt er sogar den Nebel in gewissen Fällen, ich beobachte das viel, so

im Winter einmal oder zweimal im Winter, ist leider ein bisschen wenig, bringt er es doch fertig einen schön blauen Kreis um sich aufzutun, und das ist die Thermik des Kühlturmes. Wobei diese Thermik des Kühlturmes ist eben im Vergleich mit der Thermik, die die Natur entwickelt, hoch bescheiden. Und das ist der Grund warum man nie behauptet hat er vertreibe den Nebel. Man hat dann nachher jahrelang, etwa zehn Jahre lang, mit Kameras auf allen Hügeln hier, hat man die Kühlturmflagge verfolgt und dauernd fotografiert und vermessen und ich muss sagen die Resultate dieser Vermessungen haben mit den mathematischen Modellen, die man damals von dieser Kühlturmflagge gemacht hat, eine recht gut Übereinstimmung.

Man kann nicht sagen absolut, aber sagen wir die Prognosen und die Auswirkungen des Kühlturmes waren nicht falsch. Und die hat man auch kommuniziert. Wobei es natürlich schwierig ist, diese Kommunikation, der eine sagt nein ich finde ihn wüst und damit hat sich, ich will keinen. Die Opposition hat sich damals teilweise um die Kernenergie gedreht, teilweise um den Kühlturm.

Dann muss man interessanterweise sagen gab es auch Kreise, die den Kühlturm sehr befürwortet haben. Das waren die Fischer. Weil die Fischer immer panische Angst hatten dass durch die Flusserwärmung und so weiter, auch wenn sie nicht gross ist, aber trotzdem, sie ist vorhanden, da ihre Fische leiden könnten. Und die haben an und für sich ihre Zustimmung zum Kraftwerk abhängig davon gemacht, dass ein Kühlturm gebaut wird. Ich sage das mehr so belustigend, weil nicht alle dagegen waren. Ja und ich glaube man könnte natürlich hier, klar jetzt ist es natürlich seit dem Kühlturmentscheid bald 40 Jahre, und der nächste Kühlturm sähe ganz anders aus, ich meine in vierzig Jahren tut sich technisch auch etwas entwickelt, ist nicht mehr so hoch sondern breiter und hat keine Flagge mehr. Aber das sind Entwicklungen, die seither gekommen sind.

Also in den ganzen Betriebsjahren hat ja hier die Opposition überhaupt keine Rolle gespielt, also mit der Aufnahme des Betriebs, das war 1979, war eigentlich die

ganze Geschichte vorbei. Man hatte neue Probleme gehabt, die 70er Jahre waren dann nachher in der Konjunktur schlecht, und dann war zum ersten Mal auch in der Schweiz auch das Problem, dass man den Arbeitsplatz liebt, vorher war der Arbeitsplatz nie ein Thema. Und das hat vielleicht Verlagerungen der Sorge gegeben. Ich kann mich als junger Ingenieur erinnern, ich habe mich mal irgendwo beworben bei einer Stelle und habe gesagt ich würde Bescheid geben, es war mir nicht ganz wohl, ich bin dann nach Hause gegangen und habe angerufen, ich komme nicht, Jössesmaria, der hat mich angesungen, ich hätte versprochen und so weiter. So war damals die Arbeitsplatzsituation, man wurde angesungen, wenn man nein sagte.

Ja, was denken Sie denn, ich kann es mir wie irgendwie gar nicht vorstellen, Sie sagen es gab Leute, die dagegen gewesen waren, waren die nicht organisiert? Oder haben die etwas unternommen?

In dieser Pro Niederamt waren sie organisiert. Und die Pro Niederamt hatte einen Vorstand, hatte eine Organisation gehabt, waren aber, meines Wissens, alles Leute von Schönenwerd. Hingegen hatte es Mitglieder gehabt, die waren von Däniken. Wie weit die Pro Niederamt ein organisierter Verein war, also ein juristischer Verein, da bin ich im Moment überfragt, könne ich im Moment nicht beantworten. Aber sie haben im Prinzip einen Vorstand gehabt, und schon eine Organisation. Ob es ein eingetragener Verein war, das weiss ich nicht

Aber Sie sagen Mitglieder aus Däniken... Wie hatte dann die Pro Niederamt Einfluss in der Bevölkerung in Däniken selbst?

Also es ist sicher so, dass sie, ich hätte mal gesagt in Däniken, es hat vielleicht schon einen Viertel gehabt, die dagegen waren, die in der Pro Niederamt organisiert waren. Ich glaube nie, dass es eine Mehrheit gewesen war, sonst wäre das nicht zustande gekommen. Aber es war doch eine bedeutende Minderheit, in dem Sinne. Und wie haben sie es gemacht, als ich muss sagen Willkür hat es eigentlich

am Anfang nicht so viel gegeben, es hat so ein wenig Demonstrationen gegeben, sie haben sich politisch betätigt in Solothurn und beim Bund und Eingaben gemacht. Ich sage mal... Aber ein hohe Gewalttätigkeit war am Anfang nicht, zumindest wäre mir das nicht aufgefallen. Und wer war es in Däniken? Es ist schwer zu sagen. Ich glaube nicht, dass man es eindeutig einer Parteirichtung oder einer Gesinnungsrichtung hätte zuordnen können.

Die Gegnerschaft zur Kernenergie war damals recht empfindungsmässig, es war etwas Neues. Es war wie gesagt vielleicht die Zeit, als man plötzlich eine Kehrtwende so im ganzen technischen Glauben gemacht hat, aber nicht nur auf dem Gebiet der Kernenergie, sondern ganz allgemein in Machbarkeit und so. Als junger Ingenieur habe ich eine Zeit erlebt, wo man natürlich gedacht hat, alles war machbar, macht nur vorwärts. Und ich sage immer als gutes Beispiel, wenn ich damals als junger Ingenieur gesagt hätte ja also das unsägliche Nebelproblem im Mittelland, das könnte man ja lösen, man baggert den Jura weg und dann kann das Zeug da ins Baselbiet abfliessen... Heute lacht man, aber damals hätte man gesagt – Ja wir müssens probieren. Ja aber wir haben nicht so grosse Bagger –. Aber es war eine Zeit wo natürlich die ganze technische Entwicklung ganz generell sehr rasch Fortschritt und dann gab es plötzlich auch eine gewisse Kehrtwende und die hält ja heute noch zum Teil ein wenig an, wobei sehr selektiv, es gibt Gebiete, da kann nicht genug Technik sein, und es gibt Gebiete wo man den Eindruck hat alles was von der Technik kommt ist falsch.

Wobei ich immer sage die Bewegung, die sich so gegen den Fortschritt und gegen die Technik gerichtet hat, die existiert ja heute noch an und für sich, vielleicht mit anderen Zielsetzungen im Momente, aber man ist sich einfach zuwenig bewusst, dass jede Veränderung im Leben ist begleitet von Vorteilen aber sie ist auch von Nachteilen begleitet, und unsere ganze Lebensweise als Menschen ist ja abzuwägen ob die Vorteile die Nachteile überwiegen. Und man ist heute einfach nicht mehr bereit die Nachteile zu akzeptieren, aber alle Vorteile möchte man sofort haben. (lacht)

Was waren denn die Argumente der Leute, ging es denn um eine technisch-kritische Haltung?

Ja, um das ging es schon. Und es ist interessant. Damals spielte die Notkühlung des Kerns eine unheimlich grosse Rolle. Trotzdem, man muss ganz ehrlich sagen, kein Mensch hat gewusst, wie die Notkühlung des Kerns funktioniert, aber was die Leute damals verstanden haben ist dass die Kettenreaktion, und das ist so, die kann man zwar stoppen, aber nicht ganz. Das heisst man kann, wenn sie es mit dem Auto vergleichen, sie können von 100 auf 3 km/h herunterfahren, aber diese 3 km/h das ist dann schwieriger zum stoppen. Aber da, das Auto fährt dann mit 3 km/h weiter, mit 3%, darum ist die Zahl noch gut. Mit der Zeit auch immer langsamer, aber das geht nicht sekunden lang, das geht Stunden, Tage, Wochen. Und dann hat die Notkühlung eine grosse Rolle gespielt in der Diskussion, ob die Notkühlverfahren richtig und genügend sind. Her und hin. Trotzdem muss ich sagen, ob es der normale Gegner eigentlich verstanden hat worum es ging weiss ich nicht. Die Abfallfrage kam erst später, die spielte interessanterweise am Anfang keine Rolle, die kam später. Und wenn sie heute die Diskussion um die Kernenergie hören, von der Notkühlung spricht kein Mensch mehr, man spricht in erster Linie vom Abfall und vom globalen Risiko.

Aber dann würden Sie doch sagen, dass die Leute Angst gehabt haben vor der Technik, oder waren es andere...

Ja, damals war es, hätte ich gesagt, vorwiegend Angst vor der Technik. Auch wenns die Leute im Durchschnitt nicht so spezifizieren konnten, sie können es ja auch heute nicht, es ist auch nicht so einfach, mein Gott. Ich rede auch nicht in den Operationssaal rein.

Aber gab es eine öffentliche Diskussion, hat man da im Dorf darüber geredet, was gab es da für Plattformen?

Ja, über Technik gab es viele Vorträge, wo dann die einen bewiesen haben wie gescheit es ist, und die anderen haben bewiesen wie falsch es ist. Aber die ganze technische Frage eines Kraftwerks die hat eine Rolle gespielt in der öffentlichen

Diskussion. Und heute beobachte ich, dass Einzelheiten der Technik im Kraftwerk kaum mehr Diskussionsthema sind. Es ist entweder global nein oder global ja, oder gar nichts. Und die Abfallfrage. Aber was im Innern vom Kernkraftwerk passiert interessiert heute eigentlich, beobachte ich, ist nicht mehr Gegenstand der Diskussion. Und das war damals Gegenstand der Diskussion. Die Leute haben sich um Notkühlsysteme gekümmert und äh... (lacht)

Und wie hat man dann die Bevölkerung überhaupt informiert von Seiten der Bevölkerung her?

Ja, da hat es schon allerhand so öffentliche Veranstaltungen gegeben. Die Atel hat sich da auch ins Zeug gelegt. Und so weiter. Und da zum Beispiel der Professor Winkler von der HTL Windisch, der hat sich da mehrmals hier in Däniken als neutraler Kenner der Materie geäußert, und auch andere Leute. Das war nicht nur die Atel. Die haben auch Leute beigezogen, die von ausserhalb ihres Kreises waren. (Pause) Aber wie gesagt mit dem Baubeginn war das nicht vorbei, das war erst etwa nach der grossen Demonstration, dann hat sich nachher... (unverständlich).

Wie hat man in Däniken auf das reagiert, das war ja...? Ich habe mal gehört es habe vorher und nachher nie mehr so viele Leute auf Däniker Boden gehabt wie damals...

(lacht) das ist richtig. Ja, wie hat man reagiert. Die ganze Demonstration war ja, ich muss sagen, geschmeidig abgelaufen, es hätte ja um ein Haar eine riesen Eisenbahngeschichte gegeben, die Polizei hat die Leute zurückgetrieben und die sind dann alle über das Geleise gelaufen und die Bahn war nicht abgestellt, da ist ein Schnellzug gekommen, es ist nichts passiert, es kam keiner drunter, aber es hat aber nicht viel gefehlt, dass man da ein neues Problem gehabt hätte. Ja, wie hat die Behörde reagiert. Viel konnte sie auch nicht machen. Es war ja eine angekündigte Sache, das war organisiert. Man war dann froh als es vorbei war.

Und die Bevölkerung, ist die aufgesprungen, gab es Leute, die sich da beteiligt haben an den Demonstrationen?

Das ist eine gute Frage. Also ich glaube, ein Bevölkerungsteil, der in der Pro Niederamt war, die sind sicher dabei gewesen oder so, aber es ist nicht ein Bevölkerungsteil, der dann ganz markant auffiel, denn es waren doch x-tausend Leute und ich nehme an der Anteil Däniker war so, ich sage mal eine Zahl, ich weiss nicht vielleicht etwa 200 gewesen, das ist natürlich in der Menge untergegangen. Aber es hat sicher Däniker Bevölkerung gegeben, die eben mit der Pro Niederamt sympatisiert hat, die dann die Gelegenheit auch genutzt hat.

Haben sich überhaupt auch Leute für das Kraftwerk starkgemacht im Dorf?

Ja, also ich möchte es so sagen, der Gemeinderat war geschlossen dafür, natürlich, ich sage geschlossen dafür. Aber es ist nicht applaudiert worden. Man hatte natürlich einen Haufen Problem gehabt, bewilligungstechnischer Art, Erschliessungsart, und man hat eben damals eben nicht nur das Kraftwerk gehabt, man hat noch den Rangierbahnhof gehabt, man hat das Postzentrum gehabt, das kam alles zur gleichen Zeit, also Arbeit bis hier hoch.

Das ist ja fast nicht bewältigbar für ein ehrenamtliches Gremium.

Ja, für ein ehrenamtliches Gremium, und das ist äh, also dadurch, dass der Herr Hagmann da so ein fleissiger Heimarbeiter war, hat er sehr viel gemacht. Und es war natürlich damals, ist der Gemeinderat nach dem alten Solothurner Prinzip, der Gemeindepräsident macht 90% und der Rest des Gemeinderats macht nicht viel oder hat nicht Einzelkompetenz, das hat ja heute ein wenig geändert. Und die Projekte kamen alle zusammen in einem gewissen Sinne. Aber im Gemeinderat war eigentlich nicht eine Opposition gegen das Kraftwerkprojekt, nein, sondern, das waren alles Fragen, die man im Zusammenhang mit einem Anwalt mit dem Kraftwerk lösen musste, und das waren nicht nur einfache Fragen. Das hat damit angefangen bei finanziellen Fragen und bei Fragen was soll man für Auflagen machen, man war natürlich auch im Gemeinderat bedrängt von Pro Niederamt und auch von anderen Kreisen, dort Auflagen zu machen, dass sie nach 10 Jahren den Kühlturm wieder

abbrechen müssen und Zeug und Sachen, das war alles nicht so einfach. Das war also ein Bewilligungsverfahren das viel, das halt neu war in der Schweiz und komplex war, im Prinzip ist ja das Baurecht, wenn sie ein Haus bauen dürfen, so ist das auf die Lebensdauer des Gebäudes. Und beim Kraftwerk wurde dann diskutiert, ob man das zeitlich begrenzen müsse. Es war nicht so, auch die Atel ging nachher in Rekkurs vor Verwaltungsgericht gegen die Gemeinde, es war also nicht etwa eine Freude gegenseitig, also zum Beispiel gerade diese Abbruchfragen wurden dann vom Verwaltungsgericht entschieden.

Also da hat damals die Gemeinde versucht Auflagen zu machen?

Ja, ja, und die hat die Atel nicht akzeptiert und das ist dann weiter gegangen, aber die Gemeinde hat dann verloren im Prinzip, und zwar weil es Auflagen waren, die im Baurecht nicht verankert gewesen waren.

Aber dann ist man eigentlich schon nicht einfach nur für das...?

Nein, es war nicht ein Herz und eine Seele, so war das nicht. Aber ich hätte mal gesagt es sei insgesamt, ja vielleicht zu einem gewissen Mass doch konstruktiv gewesen, also es war kein grundsätzliches Nein, es hat sich um Randprobleme gehandelt. Also der Grundsatz, es war kein Grundsatz gegen das Kraftwerk. Aber natürlich, das beginnt bei finanziellen Fragen, bei Erschliessungsfragen, und all die Unterführungen die wir hier in Däniken haben, die mussten bezahlt und gebaut werden, und wer bezahlt das? Und so weiter, und das gibt immer ein Gekähr.

Können Sie sich erinnern wie das im Gemeinderat mit der Meinungsbildung abgelaufen ist? Was gab es da für Diskussionen, welche Argumente waren im Raum?

Also in erster Linie waren es eben Argumente, die sich nicht um für oder gegen die Kernenergie gedreht haben, also alles um irgendwelche Sachfragen, die zu regeln waren. Däniken hat auch einen Anwalt hinzugezogen gegen das Kraftwerk, um beraten zu werden. Und der hat natürlich, ja ich sags mal ein wenig... auch immer probiert ein neues Baurecht

hier einzuführen, unter dem Titel «es ist etwas besonderes» usw. nur ist das auch nicht grad so einfach, und dann musste man den wieder mässigen. Und... Aber es ist eigentlich soweit ich das in Erinnerung habe, nie eine Frage gewesen um ja oder nein, es ging immer um die Fragen Auflagen und Geschichten im Zusammenhang mit einer Baubewilligung. Weil man muss nicht vergessen, die Baubewilligung Däniken, wir waren auch nicht alleine, es war der Kanton und der Bund waren auch noch dabei, und je mehr Köche dabei waren, desto komplizierter wird es halt.

Wie hat diese Zusammenarbeit funktioniert, wie haben Sie das in Erinnerung?

Ja, vernünftig hätte ich mal gesagt. Aber, es war auch so, die Atel hat auch ein wenig Zeitdruck ausgeübt, macht vorwärts!

O.K. Aus welchem Grund denn?

Ja, weil natürlich, es ist eine Grossinvestition und es war eine Zeit, in der man auch gesagt hat, wenn man schon ja sagt, will die Atel auch die Auflagen wissen, will sie rechtskräftig wissen usw. Und damals war nicht die Rede von 20 Jahren warten. Lag aber auch nicht im damaligen Zeitgeist. Ich habe als Baupräsident den Verkaskreisel Däniken mitgemacht als letzte Aufgabe, und der ist mir nicht gerade in bester Erinnerung, und zwar, also nicht wegen dem Kreisel also solches, sondern, dass man für einen solchen Kreisel eine fünfjährige Bewilligungszeit braucht. Es ist eine neue Zeit. (lacht)

Definitiv. Was hatte denn der Zeitdruck, den die Atel ausgeübt hat, für Folgen? Wie hat man auf das reagiert?

Ja, man hat da, das war im Prinzip positiv. Also ich glaube der Gemeinderat hat nie gesagt wir legen die Akten auf die Seite und machen wieder sechs Monate keinen Streich, wie das heute vielfach gemacht wird, sondern man war immer dran. Nur dann musste man wieder mit Solothurn reden, man musste wieder mit dem Bund reden, man musst mit jenem reden, mit der HSK, mit dem Anwalt, da geht jedes Mal wieder eine Woche vorbei. Aber ich glaube es war nie eine Stimmung unter dem Titel «wir werfen es in die Ecke und wollen nichts wissen im Moment»,

sondern es war schon eine Stimmung voran zu machen. Aber die Gemeinde wollte eben auch gewisse Sachen. Oder wollte recht zu ihren Gunsten, das waren insbesondere die Fragen, nebst der Erschliessung und den finanziellen Fragen, die Frage zum Beispiel, ist das ein Werk, das auf Lebzeiten sein darf oder hat es eine Zeitbeschränkung. Und das hat schon eine zeitlang beschäftigt. Und das ging dann eben auch durch weitere Instanzen.

Was war das für eine Stimmung im Dorf, vielleicht noch mal, also, was hat...?

Also ich würde sagen ausserhalb der Demonstrationszeiten, gab es natürlich schon Leute, die lauthals bekundet haben, dass sie nicht einverstanden sind, aber ich würde nicht sagen, dass da eine Dorfrevolution stattgefunden hat. Ich habe das zumindest nicht so empfunden.

Aber doch Leute, die ihren Unmut bekundet haben. Hat man das auch an Gemeindeversammlungen gemerkt, dementsprechend?

Das ist eine gute Frage. Ich studieren eben gerade... Wir haben eben, an Gemeindeversammlungen soweit ich mich erinnern kann, ausser diese Strassenerschliessung nach dort unten, haben wir eigentlich wenig Traktanden gehabt, die an der Gemeindeversammlung erschienen sind. Weil das Baurecht war eben nicht eine Sache der Gemeindeversammlung.

O.K. Dann gab es nicht mal irgendwie so etwas wie eine konsultative Abstimmung, bei der man die Leute befragt hätte, was sie dazu denken, oder so?

Nein ich glaube es nicht. Aber so ganz präzise... Also die Gemeindeversammlungen, ich weiss noch die wo es um die Strassenerschliessung ging, das habe ich ja am Anfang gesagt, der wurde schlussendlich grossmehrheitlich zugestimmt. Da gab es natürlich schon noch mal Diskussionen und so. Aber da wurde nicht geprügelt, es wurde argumentiert.

Wie hat man auf den Kühlturm reagiert? War das vielleicht auch ein Moment, wo es einen Meinungsumschwung gab?

Ja der Kühlturm ist natürlich, in breiten Kreisen schon nicht gerade das, was sie gesucht haben. Und er war dann auch im Baubewilligungsverfahren, man hat ihn dann mit Ballonen ausgesteckt und so, natürlich hat es etwa gewindet wie heute, und die Ballone waren... (unverständlich). Und ja, gegen den Kühlturm hat es auch Einsprachen gegeben. Also der Kühlturm hat sicher, ja es gab einen Haufen Leute, die nicht Freude gehabt hatten daran.

Wie war denn das als Behördenmitglied? Geriet man da in Kritik, wurde man angefeindet von Gegnern?

Ich bin nie angefeindet worden, also schon mal etwas angehängt, aber nicht irgendwie, dass das geendet hätte in groben Unhöflichkeiten, schon Meinungsäusserungen, dass wir da auf dem Holzweg seien, usw. aber wir waren damals mehr unter Beschuss von der Pro Niederamt aus Schönenwerd und aus Dulliken, als aus Däniken. Also die Pro Niederamt war eigentlich die Wortführerin gegen das Kraftwerk. Und hatte weitgehend Leute von Schönenwerd, Dulliken und... im Moment kann ich mich nicht mal erinnern, ob es ein prominentes Mitglied aus Däniken gab. Also sie hatten auch (unverständlich), das ist schon so, aber... gab es auch Namen aus Däniken, die stark in Erscheinung traten? Ich kann mich nicht mehr erinnern im Moment. Der Präsident war ein Herr Spielmann aus Schönenwerd, ja, das war der Wortführer.

Wie erklären Sie sich das, dass aus Dulliken und Schönenwerd der Widerstand kam und aus Däniken nicht?

Hm, das ist schwierig zu sagen. Eine gewisse Rolle spielen sicher wirtschaftliche Aspekte, darf man nicht verkennen, man hat damals schon gewusst... Ja, das ist eine gute Frage. In Schönenwerd hat damals eben auch schon der Niedergang der Bally angefangen, und das hat natürlich in Schönenwerd auch Emotionen geweckt, dass Schönenwerd seine Zentrumsrolle im Niederamt verloren hat, wirtschaftlicher Art, und wie das so immer ist, das weckt natürlich immer Emotionen. Und... (lange Pause). Ja das ist eine gute Frage, ich könnte das auch nicht so präzise beantworten. Aber zum Beispiel der Gemeinderat in

Dulliken, der war nicht etwa dagegen, obwohl es in Dulliken auch einen grösseren Kreis von Opponenten gab, aber es war nicht primär der Gemeinderat Dulliken, das weiss ich noch.

Was haben Sie das Gefühl, Sie haben vorhin gesagt, dass es verschiedene Projekte waren, mit dem Rangierbahnhof, mit dem Postzentrum und dem Kernkraftwerk. Was hatte das für Auswirkungen? Wie ist man mit den anderen Projekten umgegangen und wie ist man mit der Masse umgegangen?

Ja ich muss sagen, der Rangierbahnhof hatte natürlich auch keine Freunde. Und zwar deswegen a), weil natürlich viele Leute enteignet worden waren und b), ein Rangierbahnhof ist ein Lärmproblem halt auch, und auch ein beträchtlicher Eingriff, der wäre ja riesig gewesen, der wäre bis nach Dulliken gegangen über Obergösger Feld, und, aber die SBB waren dort natürlich ein schwierigerer Partner, denn die SBB hatte hinter sich das Bahngesetz und das heisst, ein wenig vereinfacht ausgedrückt «das Sagen liegt bei und und die anderen haben zu schweigen», (unverständlich). Das stimmt natürlich nicht, aber so sinngemäss.

Äh, das Bahngesetz war damals sehr sehr einschneidend, sie haben es glaube ich mittlerweile revidiert, das merkt man zum Beispiel am Lärmschutz, usw. damals hat man gesagt Lärm, das interessiert uns nicht, das war kein Thema, in der Zwischenzeit hat das auch geändert.

Und das Postzentrum war auch nicht einfach, weil es hat das Tal hier verändert, die ganze Hauptstrasse musste verlegt werden und der ganze Hügel, der Kieshügel, dort wo jetzt die Hauptstrasse ist, der musste auch verschoben werden, und die Post ist ja an und für sich ein privater Betrieb, hat aber unter dem Namen der Bahn gebaut mit dem Bahngesetz. Und das hat natürlich auch in dieser Zeit in Däniken für die Behörde auch viel Probleme gegeben.

Im Endeffekt wurden sie dann gelöst in dem Sinn, aber man hätte ja da grosse Überführungen machen müssen über den Rangierbahnhof, Niedergösgen usw. und das waren natürlich auch riesige Projekte und so, die jetzt auch kein Thema mehr

sind. Aber es hat natürlich, wenn man das in Prozent ausdrücken will, da die Geschichte mit SBB, PTT hat also den Gemeinderat mit dem Kernkraftwerk 50:50 beschäftigt, obwohl natürlich die Investition am Kraftwerk grösser ist, aber mit der Investition Kraftwerk, mit der Grösse der Investition hatte ja die Gemeinde nicht direkt zu tun.

Ja, was schätzen Sie, ihrer Meinung nach, was hat das Projekt im Dorf verändert?

Ja, was hat es verändert. Ich sag es jetzt einfach mal so, es hat sicher die finanzielle Situation im Dorf hat sich verändert, indem natürlich hier eine Infrastruktur besteht, die natürlich andere Gemeinden nicht haben, und der Standart des Strassenausbaus, in dem Sinne Dulliken und Niedergösgen, die haben noch viele Quartierstrassen, da kommt man mit dem Auto knapp durch, kann nicht kreuzen und so und wir haben natürlich hier Strassen, die grosszügig ausgebaut worden sind. Und das ist natürlich in dieser Zeit damals entstanden.

Auf die Leute bezogen hätte ich eigentlich nicht gesagt, dass es eine Veränderung gegeben hat. Gut, für die 300 Leute, die damals im Kraftwerk gearbeitet haben sind natürlich 100 aus Däniken und noch mal 150 aus den umliegenden Gemeinden, Grössenordnung und der Rest aus dem Aargau usw gekommen. Aber sonst hätte ich nicht gesagt, dass das hier im Dorf, ausser dem finanzellen Aspekt, wo man natürlich ein wenig zum Schneider rauskam, aber auf die Leute hatte das keinen grossen Einfluss. Und in den ganze Betriebsjahren – ich habe ja fünf Jahre Bauzeit mitgemacht, 20 Jahre Betriebszeit, ja da hat sich nie jemand gross darum gekümmert.

Die Angestellten mussten sich natürlich schon darum kümmern, aber von der Bevölkerung, im Sinne von «es steht halt hier», und ich muss sagen, ich glaube nicht, dass die Akzeptanz 100% ist, aber ich glaube nicht, dass das ein Thema ist. Ich höre immer nur, wenn sie Revision machen gibt es keine Dampfahne und dann wissen wir nicht wie das Wetter morgen ist.

Sie haben gesagt, 25 Jahre haben Sie dort gearbeitet; wie ist ihre Karriere verlaufen?

Ja, ja, ich bin dann als normaler Sachbearbeiter, als Ingenieur bin ich dort runter gegangen und bin dann nachher zwei drei mal befördert worden, aber erst während der Betriebsjahre nachher. Und am Schluss habe ich dann die Maschinentechnik geleitet.

(kurzer Unterbruch)

Ich habe dann am Schluss die Maschinenteknik geleitet, und das die letzten acht Jahre, und ich meine, es ist immer sehr interessant, ich meine auch das Kraftwerk hatte, wir hatten auch Probleme, aber wer hat keine Probleme... Aber wir hatten nie Probleme, die nicht lösbar waren, und die Technik entwickelt sich auch und wir hatten auch Verbindung mit anderen Kraftwerken, die die selben Sorgen hatten, aber es war immer interessant, wenn man irgendeine Störung hatte, oder so, es wurde unterschiedlich auch von der Presse reagiert. Jetzt während der Ferienzeit hätte man das der Presse mitteilen können und die hätten gesagt «wir haben keine Zeit wir haben keine Leute», dasselbe im Januar und die hätten gesagt «morgen grosse Pressekonferenz».

Und, aber wir hatten immer, es ist interessant, wir hatten immer ich behaupte mal eine offene Politik da unten, zum Beispiel es ist lustig, der Nachfolger von Dr. Sähmann war ja bei der Atel der Herr Bürgi, und der hat uns immer gesagt, «es muss ehrlich geschäftet werden, es ist unmöglich in einer grossen Firma ein Geheimnis zu halten». Und der hat das vor 20 Jahren gesagt und er hatte absolut recht. Man sieht das heute beim Bund usw. sogar dort wo es vertraulich sein sollte, es ist nichts mehr vertraulich. (lacht)

Wie war denn die Zusammenarbeit mit dem Dorf?

Ja das ist eigentlich immer gut gegangen. Ich glaube es gab vor ca. drei Jahren so ein wenig Spannungen. Es war dann natürlich so, das Dorf und die Behörden waren natürlich sehr glücklich über all die Steuern und so, und da waren ja gewisse Projekte in der Schweiz wegen Entsorgung, Wellenberg usw. und dort hat die E-Wirtschaft relativ grosszügige finanzielle

Versprechungen gemacht, und das haben sie natürlich hier unten auch gewusst und haben dann geschaut ja was haben wir, und das hat dann etwa vor drei Jahren mit der Atel schon Differenzen gegeben über finanzielle Abgeltungen, und das wurde ja dann gelöst vor anderthalb Jahren oder zwei Jahren oder so, oder zweieinhalb, da wurde ein neues Abkommen gemacht, wonach die Entschädigungen verbessert wurde. Ich persönlich behaupte, Däniken konnte auch vorher schon leben, aber es ist natürlich einfach, wie heisst es auch, man hat den Hals nie voll, das ist eine allgemeine menschliche Erscheinung, das haben sie nicht neu erfunden. (lacht) Und jetzt ist meines Wissen hier kein Problem mehr.

Ja es hat dann, die Abgeltungen sind ja in Abhängigkeit vom Aktienkapital von den 350 Mio. und vom Ertrag, das sind immer 6% im Jahr, und dann hat ja das Werk da jetzt verschiedenen grosse neue Projekt gemacht, da das Zwischenlager und Vergrösserung von gewissen Gebäuden und so. Und Däniken hätte dafür nicht mehr Geld erhalten, denn das Aktienkapital wurde nicht erhöht. Und dann sind halt Stimmen laut geworden, die sagten die sich Sorgen machten, wenn es plötzlich nicht mehr ist, wie ist es dann, und dann sind dann Verhandlungen gewesen dass auch nach der Stilllegung des Kraftwerks hier noch irgendetwas geht, aber wie genau die Abmachungen dann waren wüsste ich im Detail jetzt nicht, ich habe mich jetzt nicht mehr darum gekümmert. Aber das sind alles finanzielle Aspekte, und die sind gelöst.

Es ist klar ein neues Projekt, da wird natürlich die ganze finanzielle Aufteilung ein wesentlicher Kernpunkt sein, denn sie wissen ja: wir sind ja hier die erste Industrieanlage in der Schweiz, die freiwillig Steuern an die Umgebung abgetreten hat an die Umgebung, das gibt es sonst nirgends in der Schweiz. Das Kraftwerk steuert, und wohin steuert es, an die Standortgemeinden, fertig. Wie jede andere Firma auch, die UBS steuert in Basel weil sie ihren Standort in Basel hat, fertig. Und ich würde sagen die UBS in Olten liefert keine Steuern ab, weil sie in Basel sitzt.

Aber ist das bei anderen gross-technischen Anlagen nicht so?

Nein das ist nicht so, das ist das erste Mal in der Schweiz. Denn natürlich auf eine Gemeinde wie Däniken sind die finanziellen Erträge einer solchen Firma doch beträchtlich, und dann wurde bald einmal auch der Ruf laut, noch in der Bewilligungszeit, ja die anderen wollen auch einen Kuchenteil haben. Und dann hat man eine Lösung gefunden, das war dann auch im Gemeinderat lange Diskussionen gewesen, darum sage ich, das sind alles Nebenfragen, nicht um Kernenergie selber, ja wollen wir etwas Geld abtreten und wieviel und her und hin und sie wissen Geld verdirbt den Charakter, das ist eine bekannte Erscheinung. Und dann hat der Herr Leo Schürmann, damaliger Nationalrat und auch Gerichtspräsident in Olten, wurde beauftragt hier eine salomonische Lösung zu finden. Und die war dann wie folgt: ein Drittel der Steuern wird auf die glaube ich neun umliegenden Gemeinden verteilt. Und Gretzenbach hat dann noch einen Sonderposten erhalten, weil ein Teil des Werkes, aber ein bescheidener Teil, ist auf Gretzenbacher Gebiet. Und dann hat man da so einen Schlüssel gefunden und der Schlüssel ist heute noch gültig. Aber es ist klar, wenn ein neues Werk kommen würde, bin ich überzeugt, kann man den Schlüssel nicht mehr verwenden, da kommt wieder ein anderer Schlüssel. Ich nehme an ein Schlüssel der vielleicht der Standortgemeinde weniger lässt, ich schätze mal so politisch wie die Stimmung ist, und das vielleicht ja es gleichmässig verteilt wird.

Es ist ja spannend, Herr Schürmann war ja Däniker, oder nicht?

Ja, er war Däniker, er hatte ja das Haus dahinten, das war sein Haus, er hat aber in Olten gewohnt, kam aber immer am Wochenende nach Däniken.

Aber das ist ja noch spannend, dass er dann diese Lösung finden musste.

Ja das ist halt, wie das in solchen Sachen ist, sonst hätten die Gemeinden hier noch jahrelang streiten können. Denn es ist ja etwas, für das man keinen Massstab hat, und da kann man natürlich jede Meinung äussern. Und man hat dann irgend ein Gremium, ich glaube er war nicht alleine, es waren glaube ich drei Leute, aber er

war Präsident und wurde dann beauftragt einen Vorschlag auszuarbeiten. Aber das waren auch Dinge, die den Gemeinderat damals viel beschäftigt haben. Es ist um die Wurst gegangen, wie man so sagt.

Darum sage ich, der Gemeinderat hatte einen Haufen Sorgen, es gäbe vielleicht noch andere da die mir grade nicht im Gedächtnis sind. Aber es ging eigentlich nicht um die Frage ja oder nein, sondern um die Frage wie.

(anderweitige Ausführung)

Aber es ist interessant, ich verfolge natürlich die Diskussion um die Kraftwerks-, Kernenergie, ab er die Schwerpunkte haben sich geändert. Es hat sich mehr verlagert in Richtung einerseits die Entsorgungsfrage und die Frage ob es das überhaupt braucht. Aber damals hat man nicht darüber gesprochen ob es das überhaupt braucht, man hat über die Gefahren und dies und jenes gesprochen, aber die Diskussion, dass wir keinen Strom brauchen. Man darf nicht vergessen, damals, vor 30 Jahren waren solche Ideen wie heute die 2000W Gesellschaften, das hat noch überhaupt nicht bestanden.

(weiterführende Ausführungen zur Energiepolitik)

Transskript Interview E. Marrer, Däniken, 8.8.2008

Die Stimmung allgemein vielleicht mal in der Bevölkerung. Die ganze Frage hat natürlich mehrheitlich polarisiert, als das Thema publik wurde, Standort Gösigen-Däniken. Das hat sich polarisiert in Pro und Contra-Lager, und dann gab es sicher noch einen Anteil an sogenannten Neutralen, der sich damit nicht befassen wollte oder konnte. Die haben sich da drausgehalten.

Aber man hat ziemlich bald gesehen, dass sich das zu polarisieren beginnt in Pro- und Contra-Lager. Bei Pro war es natürlich einmal gewisse Politiker, die sich auf die Seite der Kernkraft-Projektanten gestellt haben, dann ging es natürlich um Arbeitsplätze. Einfach die ganzen Leute, die in der Elektroindustrie irgendwo eingebunden waren, das ist klar. Und

und dann wenn die Baubehörde sagt: Moment mal, wo habt ihr Abwasser, wo habt ihr das und jenes, sag ich: ja wissen sie, jetzt gehen wir da mal ein paar Jahre wohnen und dann machen wir uns dann mal Gedanken, wie wir das lösen wollen. Also vereinfacht gesagt ist es mir ein wenig so vorgekommen. Und das hat mich immer ein wenig gestört, dass dieses Problem offen blieb und selbst die Elektrizitätslobby oder die Gesellschaften, die das ganze projektiert haben, haben eigentlich keine schlüssige Antwort gehabt.

Man hat ja heute noch keine, abgesehen davon. Das Problem ist ja noch nicht gelöst. Das hat mich dann bewogen – ich war damals auch gerade zukünftige Mutter – und dann fand ich: ich kann es einfach beinahe nicht verantworten, dass man unseren zukünftigen Generationen zumutet das zu hüten und sich mit diesem Problem herumzuschlagen.

(7:48) Im Dorf selbst war die Stimmung so, wie ich das am Anfang gesagt habe. Es gab natürlich ein Pro und Contra-Lager und die, die sich einfach draus halten wollten. Das gab dann natürlich zum Teil schon auch persönliche, jaaa (zögert), Reibereien oder Misstimmungen. Aber irgendwie hat man damit gelebt, man hat in etwa gewusst, wer in welchem Lager ist und man hat es mehr oder weniger akzeptiert. Man hat schon gespürt, also was mich manchmal ein wenig befremdet hat, war, dass man als Gegner das Gefühl hatte, man würde nicht ernst genommen, von Seiten... das hat man dann eben auch in diesen ganzen Verfahren, diesen Baubewilligungs- und anderen Verfahren, die da vorgängig dann gelaufen sind. Mich und auch andere, das war also auch das Empfinden anderer, ... wir hatten auf jeden Fall den Eindruck, dass man von diesen Behörden nicht immer ernst genommen wird. Und das habe ich also ein wenig bedauert. Man hatte irgendwie das Gefühl, man wird auf der einen Seite belächelt und auf der anderen Seite beinahe ein wenig als Gefahr angeschaut. Und das hat mich dann schon ein wenig, mit dem hatte ich ein wenig Mühe. Dann kam ja die Gründung dieser Pro Niederamt, ein überparteilicher, spontaner Zusammenschluss von Gegnern der Atomkraft,

das heisst es ging eben vor allem um das Projekt Gösigen-Däniken. Und da habe ich natürlich wieder die ganzen Motive, die ganze Palette, die ich da erwähnt habe, habe ich dort auch wieder erlebt. Das war natürlich ganz unterschiedlich. Jedes hatte sein Schwergewicht, warum es dagegen ist natürlich wieder irgendwo anders. Meine Hauptsorge war da immer noch die Entsorgung. (10:11) Dann hatten wir von Pro Niederamt eine Art Komitee, man hatte Sitzungen und reichte auch eine Petition in Bern ein gegen das Projekt konkret in Däniken und hat auch Bedenken gegen die Atomkraft allgemein eingereicht. Und zwar eben in dem Sinne: solange die Endlagerung nicht gelöst ist.

Es war auch eine Demo in Olten ungefähr in dieser Zeit, die genauen Monats und Jahresdaten hab ich hier gerade nicht mehr zur Hand, aber das war einfach dann in dieser ganzen Projektierungsphase, bei dieser Baubewilligung und anderen Vorarbeiten, ist das passiert. Zu meiner persönlichen Motivation. Von der Sicherheit allgemein hatte ich eigentlich für die Schweizer Atomkraftwerke nicht grosse Bedenken. Ich wusste damals schon, dass die Vorschriften sehr strikt sind und dass grosse Sicherheitsmassnahmen gewährleistet sind. Und jetzt in diesen Jahren des Betriebs hat sich das von verschiedenen Seiten her bestätigt. Auch die Tatsache, dass diese Kraftwerke hier in der Schweiz über Jahrzehnte ohne nennenswerte gefährliche Ereignisse funktioniert haben, bestätigt eigentlich das. Aber das Problem der Endlagerung ist meiner Meinung nach noch nicht gelöst und dort kommt auch wieder das St. Floriansprinzip. Jeder sagt: jaja, wir müssen das Zeug lagern, aber bitte nicht bei uns. Das ist das eine. Und das andere ist für mich halt auch noch: ich stelle mir einfach im Hinterkopf noch die Frage ob nicht auch dort noch ein Restrisiko besteht, was immer auch passieren mag, ob das wirklich hundertprozentig sicher gelagert werden kann. Das ist einfach ein Bedenken, die schon noch in einer Ecke vorhanden ist. Ja, das wäre so meine kurze Abhandlung wie ich das so präsent habe, wie ich das erlebt habe. Jetzt weiss ich nicht ob sie noch Fragen in andere Richtungen haben.

Mich würde es einerseits noch ein wenig genauer interessieren bei dieser Pro Niederamt, wie dies entstand, wie Sie dort dazugekommen sind und was Pro Niederamt so unternommen hat. Auch wer dort so vertreten war, woher diese Leute kamen.

(14:34) Also entstanden ist es, ich wurde angesprochen aus dem Bekanntenkreis, wo bekannt war, dass man sich da gewisse Fragen stellt und dem ganzen ein wenig kritisch gegenüber steht. Ich wurde dann angefragt, ob ich nicht auch mitmachen wolle. Mich hat es dann einfach auch interessiert weil ich das Gefühl hatte man bekommt dann auch mal ein wenig Informationen, man kann eventuell auch Einfluss nehmen. Das war wie ich schon gesagte Leute aus allen Parteien, auch viele parteilose, aus allen Schattierungen. Es waren alles Leute, die sich aus persönlichen Motiven da angeschlossen hatten, aus Sorge, was da alles daraus resultieren könnte und die auch fanden: das ganze ist noch zuwenig ausgegoren. Die einfach fanden, im Moment möchten wir noch ein wenig mehr wissen und auch gewissen Sachen geklärt haben, bevor wir da ja sagen dazu. Das war eigentlich der Auslöser und die Hauptmotivation. Wer dabei war... also sicher bei den federführenden war Fred Klaus aus Schönenwerd, der kürzlich verstorben ist, da kann ich mich gerade noch erinnern. Dann Hans Bühlmann, er war zu dieser Zeit glaube ich auch noch Kantonsrat. Dann war ein Herr Spielmann aus Lostorf und eine Frau Wiehr aus Schönenwerd. Das waren eigentlich so die Leute, an die ich mich gerade so namentlich erinnern kann, die da recht aktiv waren.

Und wie muss man sich das vorstellen, war das wie ein Verein, wo man sich regelmässig traf, oder...?

Nein, also Verein würde ich nicht sagen, es war eine relativ lose Gruppierung und wir wollten uns bewusst auch parteipolitisch nicht irgendwo anbinden oder gegen jemanden abgrenzen. Es gab also wirklich Leute aus allen Parteien, aus allen Schattierungen, eben auch Leute, die aus unterschiedlichen Motivationen mitgemacht haben. Wir haben das bewusst so offen gelassen. Man hat einfach nach Bedarf, je nachdem wie die ganze Sache

lief, was wieder anstand, hat man wieder irgendeine Zusammenkunft einberufen. Man hatte nicht fixe Daten, dass man gesagt hätte: wir treffen uns jeden Monat oder so. Man hat bei Bedarf die Leute zusammengesammelt. Und so weit ich weiss hat man auch öffentlich via Niederämter oder wie auch immer, das weiss ich nicht einmal mehr genau, man hat das möglichst den Leuten zugänglich machen. Wer wollte konnte sich beteiligen und seien Bedenken einbringen. So lief das relativ lose.

Und was hat man dann jeweils gemacht?

(17:17) Ja eben, man hat den aktuellen Stand jeweils besprochen. Es sind dann auch verschiedene Baueinsprachen gemacht worden. Das hat dann aber jedes eigentlich auf eigene Faust durchgezogen, man hat nicht als Pro Niederamt so weit ich weiss etwas eingegeben, sondern es waren alles Einzelpersonen, die dann Einsprache gemacht haben oder auf andere Art aktiv wurden. Dann stand eben auch mal diese Demo an, dann hat man natürlich dort das vorbereitet.

Die war also auch von Pro Niederamt organisiert?

Jawohl, ja. Und dann eben auch die ganze Unterschriftensammlung für die Petition, das war auch eine grosse Hauptarbeit, wo man weibelte...

Dort ging es um ein Moratorium, oder was genau?

Ja, genau, also ich möchte mich hier nicht im Wortlaut darauf behaften lassen, aber sinngemäss ging es darum einerseits Standort Däniken, andererseits aber auch allgemein, aus der Begründung heraus, dass die ganze Sache noch zuwenig ausgereift ist und dass die Bevölkerung noch zuwenig informiert ist, worauf man sich hier einlässt. Das stand eigentlich immer ein wenig im Vordergrund.

Sie würden sich als führend bezeichnen in dieser Pro Niederamt?

Nein, führend nicht, ich habe einfach mitgemacht, wenn je nachdem etwas...

Aber regelmässig dabei.

Ja, das schon, denn mir ging es auch um die Information, und ich habe schon

mitgeholfen bei Aktivitäten, aber führend würde ich nicht unbedingt sagen.

Gab es denn andere Leute aus Däniken, die sich aktiv engagiert haben gegen das Kraftwerk, oder hat man vor allem die Faust im Sack gemacht.

So wie ich das mitbekommen habe eher. Ja, also ich habe in Däniken selber wenig offene Unterstützung gefunden, also man ist sich da schon ein wenig alleingelassen vorgekommen. Das habe ich dann bald einmal gemerkt, dass eben, viele Leute die Steuereinnahmen gesehen haben und eben das Argument: wir brauchen ja Strom, das hörte man immer wieder. Das war so das, was ich erlebt habe.

Wie war denn das, gab es da Anfeindungen, oder gab es Leute, die einen gemieden haben?

Ja, also ich persönlich hab es nicht offen erlebt. Ich habe schon mitbekommen, dass man mich hinten durch belächelt. Ich habe das Gefühl bei gewissen Leuten wurde man nicht so ernst genommen, weil man das Gefühl hatte, ja was will da so ein Hausfraueuli verstehen von Atomkraftwerken. Ich habe es mehr so ein wenig so... Aber dass ich jetzt direkt irgendwelche Anfeindungen erlebt hätte, das nicht. Aber man hat gespürt, dass doch der Hauptteil der Leute eine andere Meinung hat und das man nicht ganz verstand, was jetzt hier diese komischen Leute wollen, die jetzt hier dagegen Bedenken einbringen.

Dann war das also eine ganz klare Minderheit, die wirklich auch offen das Wort ergriffen hat in Däniken selbst?

Also in Däniken sicher, so wie ich das erlebt habe, ja.

An was liegt das denn, war das einfach, weil sie die Vorteile gesehen haben?

(20:57) Das ist eine gute Frage. Ich kann natürlich nicht für die Leute selber sprechen. Ich kann nur – wie ich am Anfang gesagt habe – sagen, was ich so etwa mitbekommen habe, man hat dann natürlich schon mal auch mit Leuten gesprochen, die einen zum Teil angesprochen haben, oder man ist sonst ins Gespräch gekommen. Und wenn sie gehört haben oder vorher schon gewusst haben, dass ich da eher kritisch bin solange gewisse Dinge

nicht geklärt sind, haben sie dann schon auch ihre Gegenargumente gebracht. Wie gesagt: Steuereinnahmen, Begeisterung für den technischen Fortschritt, Argument wir müssen ja Strom nehmen, woher willst du denn den Strom nehmen, wenn du keine neuen Kraftwerke willst. Ja, so in dem Sinne.

Gab es dann irgendwie einen Druck dafür zu sein, im Dorf beispielsweise, oder zumindest einen Druck sich nicht dagegen auszusprechen?

Das ist schwierig zu sagen, da müsste man die entsprechenden Leute selber fragen, das ist eine heisse Sache. Also da möchte ich nicht für die entsprechenden Leute sprechen. Aber ich könnte es mir vorstellen, das in gewissen Fällen Leute, die vielleicht mit der ATEL beruflich in irgendeiner Form verbunden waren, oder sind, da verstehe ich es, dass man natürlich da nicht dagegen Sturm gelaufen ist. Ich könnte mir vorstellen, dass das bei gewissen sicher ein Argument war, ein Grund zum ruhig sein.

Sie haben gesagt Sie hätten sich auch von der Gemeinde nicht ernst genommen gefühlt bei diesen Einsprachen. Haben Sie da ein Beispiel, das dies verdeutlicht, oder war das mehr ein Gefühl?

Ja das ist jetzt ein wenig schwierig, ich möchte da nicht im Nachhinein den Leuten auf die Füße stehen, zum Teil sind sie jetzt auch verstorben. Aber ich möchte es allgemein formulieren, ich möchte nicht gerne auf persönliche Dinge eingehen. Nicht weil ich nicht dazu stehen möchte, aber ich möchte nicht unnötig Schlamm aufwirbeln. Aber allgemein, und nicht nur die Gemeinde, ich hab es ja am Anfang gesagt, sowohl die Gemeinde, Kanton, zwei Bundesbehörden, mit denen wir bei den ganzen Aktivitäten in Berührung kamen. Und sowohl ich als auch meine sogenannten Mitstreiter, die da Bedenken hatten, haben das also auch so erlebt. Dass man einfach belächelt wurde und so, ja. Ich möchte nicht gerade soweit gehen und sagen, dass die Verfahren nicht korrekt abgewickelt wurden, aber ich hatte einfach das Gefühl man nehme das nicht so furchtbar ernst.

Also die Bedenken, meinen Sie?

Ja, und auch als Person, die ganzen Aktivitäten, die man macht, dass man irgendwie... Man hatte manchmal fast ein wenig den Eindruck, dass man – ich möchte nicht sagen eine Verblendung, aber einfach eine Art eine Euphorie dieser Atomenergie gegenüber hatte.

Hatten in dem Fall die Aktivitäten der Pro Niederamt in Däniken gar keinen Einfluss? Es gab ja auch diese Infoveranstaltungen, wurden die besucht in Däniken oder war das einfach so ein wenig...?

(24:43) Also Sie meinen jetzt die Infoveranstaltungen die die Gemeinde und die Atombetreiber... Es gab eben verschiedene, es gab von verschiedener Seite Veranstaltungen. Ich kann mich an eine Gemeindeversammlung erinnern, wo es um den ganzen Verteiler gegangen wäre, also Steuereinnahmen und andere Abgaben, die dann das zukünftige AKW hätte an die Gemeinden abliefern. Und das wurde dann traktandiert. Und ich würde meinen, an einer Gemeindeversammlung ist ja eines der ersten Traktanden die Genehmigung der Traktandenliste. Und dann ging ich davon aus, dass ich zu dieser Traktandenliste auch Stellung nehmen kann und einen Antrag stellen kann, dass ich nicht mit allem auf der Traktandenliste einverstanden bin. Und das hab ich dann auch gemacht mit der Begründung, dass dieser Verteiler erst behandelt werden soll, wenn man überhaupt beschlossen hat, ob die Bevölkerung das Kernkraftwerk überhaupt will. Denn damals war das ganze noch in Planung und im Tun. Und ich fand einfach, es kam mir einfach vor als würde man ein Bärenfell verkaufen, und sagt: übermorgen gehen wir dann den Bären jagen. Und fand einfach, das möchte ich zuerst geklärt haben. Auch die ganzen Petitionen waren damals ja noch hängig und im Tun. Mich störte das, dass man sich hier gegen die Bedenken einer grossen Bevölkerung hinwegsetzte und bereits Geld verteilt. Darum habe ich dann den Antrag gestellt, dass man dieses Traktandum zurück stellt, bis andere Fragen geklärt sind. Darauf hat man dann gesagt, ich müsse das schriftlich einreichen. Und ich habe mich dann gefragt warum ich

überhaupt gekommen bin und habe dann unter Protest die Versammlung verlassen.

Hat man denn überhaupt mal die Bevölkerung befragt?

Eben nicht, das ist ja, nein, das ist ja das ganze, das hat ja letztendlich den Auslöser gegeben zur Gründung von Pro Niederamt, weil wir gemerkt haben, dass das Volk gar nie Stellung nehmen kann. Und das hat danach auch die ganzen wilden Demos ausgelöst, analog Kaiseraugst. Da hat es ja in Däniken zweimal auch grössere Demonstrationen gegeben auf dem vorgesehenen Bauplatz. Also das waren dort noch rechte Sachen.

Wie muss man sich denn das vorstellen? Haben die Gemeinderäte das selber bestimmt, wie mit dem Projekt umgegangen wird? Da wurde auch nicht konsultativ...

Man hat schon den Eindruck gehabt, ja, bei mir ist das so herübergekommen. Dass da die Bevölkerung eigentlich gar nicht gross...

Wie wurde man denn informiert als Bevölkerung seitens der Behörden der Gemeinde, des Kantons oder der Bauherren?

Also es hat einmal eine Infoveranstaltung stattgefunden. Ich kann mich noch erinnern, das hat vielleicht der Herr Selig auch erwähnt, wenn sie mit ihm schon gesprochen haben. Dort hat unter anderem der Herr Selig punkto Kühlturm, da mag ich mich noch erinnern, dass er sich da ein wenig spezialisiert gehabt hatte, und dann waren noch andere Vertreter, eben von den Kraftwerksbetreibern anwesend. Aber das ganze war natürlich relativ technisch. Ich hatte dann einfach den Eindruck, dass die Bedenken, die seitens der Bevölkerung geäussert worden waren, auf die ging man eigentlich nicht so richtig ein. Wir hatten den Eindruck, dass unsere Fragen, die uns eigentlich unter den Nägel gebrannt haben, nicht so richtig beantwortet wurden. So kam das bei uns herüber.

Dann hat es auch gar nicht gross eine Diskussion gegeben an diesen Veranstaltungen?

Es hat schon Diskussionen gegeben, soweit ich mich erinnern kann. Aber auch

dort entstand einfach der Eindruck, dass die Gegnerschaft nicht so ernst genommen wird. Das hat sich immer ein wenig wie ein roter Faden hindurch gezogen.

Welchen Eindruck hatten Sie von der Haltung und der Vorgehensweise der Däniker Behörden? Wo standen die in dem Ganzen?

Das ist noch schwierig. Also nach aussen hatte man schon den Eindruck, dass vor allem Pro AKW die Meinung vorherrschte bei der Behörde. Und ich weiss auch nicht inwieweit – das waren ja auch keine Kernenergiefachleute – und ich glaube dort war auch noch eine Problematik. Ich will da niemandem auf die Füsse treten, aber die Frage steht natürlich schon im Raum, ob die Leute rein von der Fachkenntnis her vielleicht auch fast ein wenig überfordert waren. Also ich will da ja niemandem, also das ist mir wichtig, dass das richtig herüber kommt, ich will nicht sagen das seien alles Blödmänner, die nicht drauskommen, aber ich habe ansatzweise gehört, dass Leute sich selber geäussert haben, wie viele sich da als Laien auch ein wenig überfordert fühlten mit dieser ganzen Sache.

Das ist mir schon wichtig, dass hier nicht nachher gesagt wird, Frau Marrer habe gesagt das seien sowieso alles Blödmänner. Und ich möchte auch nicht den Eindruck erwecken ich alleine komme draus, im Gegenteil. Meine ganzen Bedenken, meine ganze Aktivität dagegen hat daraus resultiert, dass ich fand als Laien wissen wir einfach zu wenig. Man ist sich einfach überfahren vorgekommen, das war das Problem. Und das ist mir wichtig, dass das hervortritt. Nicht, dass die Meinung, wie ichs mal an den Kopf geworfen bekam, ich alleine komme draus und ich sei Atomexpertin und alle andern seien Blödmänner, das war gar nie meine Meinung und ich kann mich auch nicht erinnern, dass ich mich je so geäussert hätte. Ich habe gespürt, dass in der Bevölkerung Bedenken sind und mir war es je länger je weniger wohl, wenn ich all die offenen Fragen sah. Das war einfach meine Motivation. Mir ging es nie darum die Atomenergie als solche zu verketzern, noch mal, für die Sicherheit habe ich bei Schweizer AKWs eigentlich nie grosse

Bedenken gehabt, weil ich mich damals schon informiert habe und wusste, dass der Sicherheitsstandart in der Schweiz sehr hoch ist. Und die ganzen Dinge, die ich jetzt mitbekommen habe während dieser Betriebsjahre, haben dies bestätigt. Von da her ist das für mich eigentlich nicht im Vordergrund.

Gab es denn seitens der Gegnerschaft auch Erfolge, wo Sie sagen würden, da haben wir zumindest ein Etappenziel erreicht?

(32:20) Also im Sinn des ganzen Baus, den man im Moment noch zurückstellen wollte und überhaupt in Frage stellte, eigentlich nicht, denn es wurde ja schlussendlich gegen alle Widerstände und alle Baueinsparungen, wo man relativ zügig abgefertigt hat, gebaut. Von daher muss ich sagen, Projekt Däniken eigentlich nicht. Es hat sicher ausgelöst in der Bevölkerung, dass die Leute sensibilisiert wurden, dass sich viele Leute Fragen gestellt haben, die ganze Sache hinterfragt haben, das sicher. Und ich denke, dass das zum tragen kam als es dann später um die Standorte für die Endlagerung ging. Von daher hat es sicher etwas bewirkt. Aber jetzt beim Bau selber, beim Projekt AKW Däniken zu dieser Zeit, da denke ich nicht, dass es etwas bewirkt hat in dem ganzen Verfahren. Das wurde abgewickelt, so wie das vorgesehen war. Und das hat dann auch die Gegnerschaft relativ frustriert zu dieser Zeit. Man kam sich machtlos vor, eben man könne nichts bewirken. Meine Mithilfe in Pro Niederamt hat dann bewirkt, dass ich für den Kantonsrat kandidiert habe, dass ich da angefragt wurde und ich denke, dass viele meiner Stimmen, die ich realisiert habe wahrscheinlich schon eher aus der AKW-kritischen Seite kamen.

Sie wurden damals gewählt?

Ja, weil sie hofften... das hat man mir gegenüber auch geäussert zum Teil. Weil sie gehofft hatten, man könne etwas bewegen. Aber ich war dann natürlich nicht in Fraktionsstärke im Kantonsrat und war relativ alleine gelassen, also ein wenig eine Einzelkämpferin. Und da hatte ich natürlich nebst Familie und Geschäft und allen die Kraft nicht da noch viel zu bewegen. Und ich habe dann auch gemerkt,

dass das Ganze bereits rollt. Also das wäre gewesen als hätte ich versucht mit den Händen einen fahrenden Zug aufzuhalten. Das wäre beinahe unmöglich gewesen. Ich bin mir auch dort relativ machtlos vorgekommen in dieser Beziehung.

Für welche Partei waren Sie im Kantonsrat und wie lange?

Im Landesring, also LdU, und vier Jahre.

Wissen Sie noch, wann Sie gewählt wurden?

Ja, 73 bis 77 war ich im Kantonsrat.

Dann war das aber zu dieser Zeit schon auch noch ein Thema im Kantonsrat?

Ja, wobei das Grösste war damals schon vorüber. Es gab schon vereinzelt noch Themen am Rande, aber die Grundsatzdiskussion hat dort natürlich nicht mehr stattgefunden. Man hat so auf Nebenschauplätzen, bei Nebenthemen, die das ganze so am Rand berührt haben, wurde das erwähnt, und man ist auch dort mehr oder weniger ernst genommen worden und ich hatte den Eindruck mehr weniger denn mehr. Das hat sich immer ein wenig durchgezogen, das war manchmal ein wenig mühsam.

Wann hat denn die Pro Niederamt überhaupt ihre Aktivitäten aufgegeben?

Ja, die hat aufgehört, als eigentlich die Baubewilligung vorlag und die Bauarbeiten begannen. Da hat man gesehen: alle Einsprachen sind abgelehnt und der Rechtsweg ist erschöpft praktisch. Das war unser Ding.

Für uns war von Anfang an klar, das ist auch noch wichtig zum sagen, obwohl es von rechts bis links alle Schattierungen dabei hatte und zum Teil recht oppositionelle Meinungen und Leute vertreten waren, haben wir ganz klar signalisiert: wir wollen nur auf legalem Weg, nur mit legalen Mitteln. Also Dinge blockieren, den Verkehr blockieren, irgendwelche Gefahren heraufbeschwören, Leute bedrohen, Leute gefährden, irgendwelche andere illegalen Aktivitäten, also das war für uns von vorhinein klar, das wollen wir nicht. Und wenn da Ansätze vorhanden waren, dann hat man das schnell unterbunden und

gesagt: ohne uns. Wenn jemand als Einzelperson was auch immer machen will, so können wir das nicht verhindern, aber als Pro Niederamt, wir gehen nur den legalen weg. Das ist mir auch noch wichtig, dass das durch kommt.

Dann hat man also auch gar nicht später noch Kontakte gehabt mit der UeBA?

Ja, nur vereinzelt, aber nicht mehr offiziell oder so. Man hat schon nacher vereinzelt den einen oder anderen mal noch getroffen und sich ausgetauscht, dies schon. Aber zum Teil leben die Leute auch gar nicht mehr von den ältern. Ich war damals noch ziemlich bei den Jüngern, damals. Und wie gesagt, als der Rechtsweg dann erschöpft war haben wir gesagt: was wollen wir jetzt noch, dann ist unsere Aufgabe eigentlich auch beendet. Also an den Kühlturm raufzuklettern oder solche Sachen, das ist bei uns einfach nie zur Diskussion gestanden. Uns ging es einfach darum den Rechtsweg auszuschöpfen weil wir fanden: wenn wir als Bürger über die Hundesteuer abstimmen können und vergleichen nachher mit einem solchen Projekt mit dieser Tragweite nicht, da haben wir und ein Haufen Bürger einfach das Verhältnis nicht mehr verstanden. Das so ein wenig unser Frust.

Was denken Sie, wie haben die Ereignisse dieser Zeit, der Bau und schlussendlich auch das Kraftwerk, als es in Betrieb war, wie hat das die Gemeinde verändert?

(39:07) Also die Ereignisse um die ganze Planungsphase, wie gesagt, das hat natürlich schon ein wenig aufgewirbelt im Dorf. Aber was ich sagen muss, es ist trotz allem relativ friedlich, also man hat da nicht einander die Köpfe eingeschlagen oder so. Und wie gesagt, ich wüsste auch jetzt nichts von persönlichen Anfeindungen oder so, dass man da begonnen hätte einander Leid anzutun oder so. Das dann schon nicht. Ja man hat vielleicht mit den einen Leuten mehr Kontakt gehabt und zu manchen ging man vielleicht ein wenig mehr auf Distanz.

Das hat das ganze ein wenig durchgemischt, aber ich denke nicht, dass wir jetzt hier kriegsähnliche Zustände gehabt

hätten. Was es nach dem Bau bewirkt hat... Ich würde sagen die Leute haben wohl oder übel damit gelebt, gelernt damit zu leben und die Wogen haben sich dann geglättet. Viele haben einfach noch die Faust im Sack gemacht und knurrend damit gelebt. Wohl oder übel. Aber man hat irgendwie probiert mit mehr oder weniger Freude daran damit zu leben. Das war so wie ich das miterlebt habe.

Was denken Sie, warum hat es jetzt im Vergleich zu Kaiseraugst, wo ja das Projekt aus einer Volksbewegung heraus verhindert werden konnte, was denken Sie, warum hat das in Däniken nicht geklappt?

Das haben wir uns auch schon gefragt. Und im Kreis von Pro Niederamt sind dann natürlich die hervorgetreten, in Führungszeichen der militante Flügel, die der Meinung waren: ja, wenn die das fertig gebracht haben, dann sollten wir doch auch, das liegt nur daran, wir müssen mehr Druck aufsetzen. Aber dann hat dann doch eine Mehrheit gefunden: illegale Aktionen kommen für uns nicht in Frage. Und die Demos, die dann auf dem Gelände in Däniken stattgefunden haben, das hat eigentlich mit Pro Niederamt nichts mehr zu tun gehabt, wir hatten da weder mit der Organisation noch sonst etwas damit zu tun gehabt. Das kam dann mehr so aus Kreisen Greenpeace, einfach mehr die Kreise, die schon in Kaiseraugst... Das war so ungefähr die gleiche Anhängerschaft.

Also in dem Fall wurde das mehr von aussen herangetragen.

Ja, ein grosser Teil ganz sicher.

Haben denn dort die Leute aus Däniken immerhin mitgemacht?

Jää, ich glaube weniger, man stand der Sache dort eher ein wenig distanziert gegenüber. Und es hat ja dort auch von beiden Seiten her... Es sind ja dort auch Gefahrenmomente entstanden, indem die Demonstranten natürlich da mehr oder weniger legal auf diesem Gelände und dem angrenzenden Gebiet bewegt haben. Und das hat dann die Ordnungskräfte dazu bewegt sie zu vertreiben und die sind dann scheinbar über ein Bahngeleise gejagt worden, praktisch und wenn dort gerade

ein Zug gekommen wäre, ich weiss nicht was passiert wäre. Das war etwa so die Spitze, wo das ganze dann darin gipfelte. Aber wie gesagt, nachher haben sich diese Wogen eigentlich wieder gelegt. Aber das ist noch eine gute Frage, warum es in Däniken nicht gelang und in Kaiseraugst gelang es. Ich glaube einfach dort war der Druck grösser. Wie die Einstellung seitens der involvierten Behörde war, das kann ich natürlich von hier auch nicht beurteilen, das habe ich zuwenig mitbekommen, ob das auch noch ein Grund war. Aber da muss ich ein Fragezeichen machen, das muss ich offen lassen. Ich könnte mir vorstellen, dass das auch mitgespielt hat. Erstens mal eben dieser Druck der Gegner, von den Demonstranten, und das vielleicht eben bei den Behörden doch dort vielleicht ein wenig eine andere Meinung vorgeherrscht hat, dass man dort vielleicht auch kritischer eingestellt war. Und die Atomkraftwerkbetreiber vielleicht weniger Einfluss hatten oder mehr Umtreiben und Unbill gefürchtet haben, dass sie gesagt haben, was wollen wir uns hier mit dem herumschlagen, und dass das vielleicht dann auch der Grund war dafür, dass man in Däniken nachher auch mehr Druck gemacht hat.

Aber eben, ich kann es nicht schlüssig beantworten, das ist schwierig, das ist eine Frage, die wir uns auch schon gestellt haben und wir haben auch keine schlüssige Antwort gefunden. Man müsste dort die einzelnen Leute selber Fragen um mehr zu wissen.

Können Sie noch sagen in welchem Jahr Sie etwa eingestiegen sind und Sie sich zu engagieren begannen?

Also das müsste ungefähr, das war etwa ein gutes Jahr bevor ich in den Kantonsrat... das müsste etwa 72 gewesen sein, aber ich möchte mich hier nicht genau auf den Monat behaften lassen.

Und das war dann gleichzeitig auch der Anfang der Pro Niederamt?

Ja, das ist dort in dieser ganzen Projektierungsphase, wo das ganze auch publik wurde und die Bevölkerung anfang sich Gedanken zu machen über das Ganze.

Haben sich im Laufe der Zeit die Motivationen, Ängste und Ziele der Gegner verändert?

Also ich denke schon, dass bei vielen Leuten etwas ausgelöst wurde, als sich hier eine Bewegung formiert hat, die hier Bedenken vorbrachte. Dass da viele Leute, die sich vorher nicht so recht informiert haben und die gar nicht so genau wussten, was hier gehen soll, nachher begannen sich Gedanken zu machen und vielleicht entsprechend auch Bedenken bekamen. Das kann ich mir schon vorstellen und das wurde mir auch vereinzelt zugetragen, dass man mit dem Ganzen schon die Leute zum Denken angeregt hat.

Andererseits hat es natürlich auch bewirkt, dass sich die Befürworterschaft auch gesammelt und gefestigt hat und natürlich ihre Sicht eingebracht hat, was auch ihr gutes Recht ist in einer Demokratie, das ist klar. Die sind dann natürlich auch an die Öffentlichkeit getreten, das ist klar und auch dort gab es einen Teil der Bevölkerung, der eher diesen geglaubt hat, das ist ganz natürlich.

Welche Rolle hat der Kühlturm gespielt? Der war ja nicht von Anfang an geplant.

Ja, aber ziemlich früh schon. Wenn es mir recht ist hat man am Anfang von Flusswasserkühlung gesprochen und dann sind aber die Umweltschutzverbände ziemlich bald gekommen und haben wegen Fisch und Restwassermengen und der Erwärmung vor allem, da habe ich immer gehört dass seitens der Fachleute Bedenken eingebracht wurden. Daran kann ich mich noch erinnern. Und aus dem Grund kam man dann ziemlich bald davon weg. Wahrscheinlich eben weil man diese Bedenken, diese Seiten der Opposition ausschalten wollte und sagte, ja dann machen wir halt etwas anderes. Und dann ist ziemlich bald der Kühlturm ins Gespräch gekommen. Also von Flusswasserkühlung hat nicht lange gesprochen, man hat ziemlich schnell dann nur noch von Kühlturm geredet. Und wie ich am Anfang bereits gesagt habe, ich habe vereinzelt gehört, dass sich die Leute störten, einerseits am Bau, ja da steht da so ein Klotz, mich persönlich hat das weniger gestört das war eigentlich noch meine kleinste Sorge

am ganzen, aber ich habe natürlich verstanden, dass alle nördlich natürlich schon mehr betroffen sind, einerseits vom Gebäude selber, andererseits natürlich vom ganzen Dampf, der doch einige Stunden die Sonne weg nimmt.

Das waren so die Argumente. Der Kühlturm sonst als Gebäude selber, wie gesagt, man war geteilter Meinung ob man ihn schön findet oder nicht, aber in den Kreisen der Pro Niederamt waren schon vor allem die technischen Probleme, die man befürchtet hat bei der Atomkraft allgemein, und eben die Endlagerung. Der Kühlturm war eher sekundär.

(Kurzes Intermezzo Kühlturm und nächstes Kraftwerk)

Würden Sie heute wieder demonstrieren gehen, respektive sich wieder engagieren?

(49:04) Das ist eine gute Frage. Also demonstrieren in dem Sinne sicher nicht. Aber ich muss nach wie vor, wenn ich angesprochen werde, muss ich sagen, dass einfach die Fragen bezüglich der Entsorgung noch nicht gelöst ist und da müssen mir sogar die eingefleischtesten Befürworter und die Kraftwerksbetreiber beipflichten und sagen, ja es ist noch nicht gelöst. Das ist einfach nach wie vor mein grosses Kummerkind.

Also hat sich in dem Sinne Ihre Position in diesen Jahren nicht verändert?

Nein, eigentlich nicht gross. Die Sicherheit, eben, da wurde es eigentlich bestätigt, dass man da nicht gross Angst haben muss in der Schweiz vom Betrieben selbst her. Aber eben die Endlagerung, das ganze drum und dran, das da produziert wird und das man unter relativ grossem Aufwand hüten muss. Das sind ja ausserirdische Zeiträume und Begriffe, die da auf uns zu kommen. Und ich habe nach wie vor sehr Mühe, dass wir das unseren künftigen Generationen hinterlassen.

(weitere Ausführungen zur aktuellen Energiesituation) (Ende der Aufnahme)